

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
I. Einführung in das Thema Jörg Calließ, Evangelische Akademie Loccum	7
II. Zusammenfassung der Expertenbefragungen und des Expertengesprächs auf dem Podium	8
A. Effektive Krisenprävention - Wie praxistauglich ist das Konzept?	8
1. Tilman Evers Forum Ziviler Friedensdienst	8
2. Christiane Lammers Deutsche Stiftung Friedensforschung	9
3. Wolf-Dieter Eberwein Wissenschaftszentrum Berlin, AG Internationale Politik	10
B. Effektive Krisenprävention - Was haben wir dort, wo wir uns bisher darum bemüht haben, gelernt? Was folgt daraus?	12
1. Botschafter Lars Eric Lundin European Commission, Directorate General for External Relations, Brüssel	12
2. Ralf Horlemann Auswärtiges Amt, OSZE-Referat, Berlin	13
3. Angelika Spelten Plattform Zivile Konfliktbearbeitung	15
4. Vorläufige Schlussfolgerungen Calließ, Evangelische Akademie Loccum	18

C. Effektive Krisenprävention am Beispiel Zentralasien: Was müsste und was könnte getan werden, um gefährlichen Krisenentwicklungen zu begegnen?	19
1. Einführung in das Expertengespräch zu Zentralasien Arnd Henze, WDR-Fernsehen - Programmgruppe Ausland	19
2. Frank Herterich Auswärtiges Amt, Mitglied des Planungsstabes, Berlin	20
3. Esther Schaufelberger Schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Sektion Konflikt- prävention, Bern	22
4. Botschafter a. D. Wilhelm Höynck Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für Zentralasien, Wachtberg	24
III. Elemente in der Diskussion über effektive Krisenprävention	26
A. Krisenprävention als Teil der "Verwestlichungswalze"?	27
B. Krisenpräventive Konzepte in Theorie und Praxis	31
C. Kontexte von Krisenprävention	36
IV. Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: Verbesserungen - Hoffnungen - Ambivalenzen - Auseinandersetzungen	39
V. Zum Stand der Präventionsdebatte Volker Matthies, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg	48
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung	55
Charta der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung	57

## Vorwort

Wer heute für effektive Krisenprävention eintritt, findet sich in bester Gesellschaft. Die Forderung, durch frühzeitiges Handeln gefährlichen Zuspitzungen von Konflikten und der Entstehung und Eskalation von Krisen vorzubeugen, wird fast inflationär vertreten. Die Erfolge allerdings sind bisher bescheiden. Wird unter dem Stichwort "Krisenprävention" nur Etikettenschwindel betrieben, oder handelt es sich um ein realistisches, aber noch nicht eingelöstes Versprechen?

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung setzt sich seit drei Jahren engagiert für eine stärkere Orientierung der Politik in Richtung präventives Handeln ein, fordert und fördert die Entwicklung entsprechender Konzepte und versteht sich selbst als Akteur im Prozess des Aufbaus einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung. Drei Jahre sind eine sinnvolle Zeit, um selbstkritisch zurückzuschauen und nach den realistischen Perspektiven von ziviler Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention zu fragen.

Die Jahrestagung 2001 bot das Forum für einen öffentlichen Diskurs über Stand und Perspektiven einer auf Krisenprävention zielenden Politik, an dem u. a. auch Experten aus dem Parlament, Ministerien, dem diplomatischen Dienst, den Streitkräften, internationalen Organisationen, der Wissenschaft, den Medien und Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. Kritisch auszuwertende Erfahrungen und Einsichten wurden ausgetauscht, zukünftige Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten präventiver Politik diskutiert und die bestehenden Konzepte anhand der Region Zentralasien einem Realitäts-Check unterzogen.

Die vorliegende Dokumentation der Jahrestagung ist Bestandteil dieser kritischen Auswertung. Sie gliedert sich in einen chronologischen und einen thematischen Teil. Der chronologische Teil (I.–II.) folgt weitgehend, aber nicht durchgängig dem Ablauf der Tagung und fasst sämtliche Beiträge auf dem Podium pointiert und zugespitzt zusammen. Die Plenumsdiskussionen, die sich dem Expertengespräch "Was haben wir gelernt?" und der Expertenbefragung "Krisenprävention am Beispiel Zentralasien" anschlossen, wurden zu Gunsten des thematischen Teils herausgelassen. Der thematische Teil (III.) bündelt die beiden vorgenannten Plenumsdiskussionen systematisch zu Themen, die sich als wichtige Aspekte in der Diskussion über Krisenprävention herauskristallisierten. Der Auswertungsteil (IV.) versucht, unter Einbeziehung der vier Leitfragen des Abschlussplenums, aus den Ergebnissen der Jahrestagung Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und die Praxis der zivilen Krisenprävention zu ziehen.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Kooperationspartnern - der Evangelischen Akademie Loccum und der Stiftung Entwicklung und Frieden - für Ihre Unterstützung und Zusammenarbeit. Die Jahrestagung wurde darüber hinaus vom Auswärtigen Amt und vom Evangelischen Entwicklungsdienst gefördert. Ebenso

möchten wir uns bei Prof. Dr. Volker Matthies bedanken, der leider kurzfristig an der Teilnahme verhindert war, uns dafür aber einen sehr prägnanten und die Tagungsdokumentation perfekt abrundenden schriftlichen Beitrag zukommen ließ.

Wir sind zuversichtlich, dass die vorliegende Tagungsdokumentation mit dazu beitragen wird, entschlossen an den richtigen Weichenstellungen für die Zukunft der Zivilen Konfliktbearbeitung zu arbeiten.

Barbara Müller und Reinhard Eismann  
Wahlenau und Bad Nenndorf,  
im Januar 2002

# I. Einführung in das Thema

## Jörg Calließ, Ev. Akademie Loccum

Am Anfang der Bemühungen um effektive Krisenprävention stand eine Reihe von Krisen und Gewaltkonflikten, die in Folge der politischen Umbrüche in Mittelost- und Südosteuropa Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre ausbrachen. Aufgrund der Erfahrungen mit diesen Krisen und Konflikten entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland in den Gruppen und Organisationen der Friedens- und Menschenrechtsarbeit, der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit eine intensive Diskussion darüber, wie man solchen gewaltträchtigen und gewaltsamen Ereignissen mit Mitteln der zivilen Konfliktbearbeitung begegnen könnte. Dabei rückte relativ schnell die Frage der Prävention in den Vordergrund. Sollte oder müsste man sich nicht frühzeitig engagieren, um zu verhindern, dass Krisen überhaupt erst entstehen und sich gefährlich zuspitzen und dass Konflikte in Richtung Gewalt eskalieren?

Diese Diskussion, die sich gegen Ende der 90er Jahre in zunehmendem Maße auf die Frage der Krisen- und Gewaltprävention konzentrierte und auch in der Politik schnell Resonanz fand, ist durch die Gründung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung gebündelt und dann ganz entscheidend von dieser Plattform mitgetragen und verbreitert worden.

Die Bemühungen der Plattform waren und sind darauf ausgerichtet, im politischen Raum dafür zu werben, dass der Gedanke einer präventiven Politik emphatischer verfolgt wird und mehr Gewicht erhält. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung hat sich darauf konzentriert, den Aufbau einer Infrastruktur, die Entwicklung von Konzepten und die Aufstockung der Ressourcen für krisenpräventive Politik zu forcieren.

Drei Jahre nach Gründung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist es an der Zeit zu fragen: Was ist bisher bewegt worden? Müssen wir angesichts fortdauernder Krisen und Gewaltkonflikte in der Welt nicht eine gewisse Ernüchterung feststellen? Aus dieser Ernüchterung heraus wird dann sehr schnell der Vorwurf formuliert: Krisenprävention ist eine absolut großartige Idee, aber leider taugt sie nur für Resolutionen, Grundsatzpapiere und Sonntagsreden; für die Praxis indessen nicht. Man kann Krisenprävention gut als Etikett benutzen, wegen der guten Aura und der hohen Respektabilität, und weil man damit auch den eigenen moralischen Anspruch bekräftigen kann, aber die krisenpräventiven Instrumente greifen angesichts immens gewaltträchtiger Krisenentwicklungen nicht.

Taugt das Konzept der Krisenprävention also wirklich für die Praxis? Oder ist es Ausdruck eines Steuerungswahns und des Glaubens, man könnte alles beherrschen?

## II. Zusammenfassung der Expertenbefragungen und des Expertengesprächs auf dem Podium

### A. Effektive Krisenprävention - Wie praxistauglich ist das Konzept?

#### 1. Tilman Evers

##### Forum Ziviler Friedensdienst

Meine Gefühlslage nach dem 11. September: Ich habe die Ereignisse dieses Tages auch als eine persönliche Niederlage empfunden. Der 11. September hat all das, wofür das eigene Engagement steht, kaputtgemacht - so mein Empfinden.

Aber selbstkritisch ist zu fragen: Wofür können wir uns persönlich verantwortlich machen in der Welt? Überschätzen wir uns nicht selbst? Liegt im Begriff der effektiven Krisenprävention nicht auch eine Größenphantasie verborgen? Haben wir im Bereich der Krisenprävention wirklich schon so viel geleistet, dass wir meinen, uns jetzt im Angesicht des 11. September Asche aufs Haupt häufen zu müssen?

Der Kontext, in dem Krisenprävention heute stattfindet - Globalisierung, entstaatlichte Konflikte, neue Aufgaben zivilgesellschaftlicher Akteure -, ist noch sehr neu. Meine Diagnose in bezug auf *effektive* Krisenprävention lautet daher: Ernüchterung ja, Enttäuschung nein.

Dass sich die Bundeswehr seit 1999 von einer reinen Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee gewandelt hat und dass sich die Bundesrepublik nun auch direkt an Kriegseinsätzen außerhalb des NATO-Gebietes beteiligt, macht sehr betroffen. Aber haben wir wirklich geglaubt, diese Entwicklung verhindern zu können? Haben wir uns wirklich eingebildet, über Jahrhunderte von Macht und Gewalt geprägte Traditionen, Institutionen und politische Denkstrukturen und ihre Verankerung in der Gesellschaft kurzfristig außer Kraft setzen zu können? Es wird noch lange dauern, bis die Grundannahme maßgeblicher Politiktheorien des 20. Jahrhunderts - Gewalt sei der Kern von Macht und Politik - überwunden sein wird. Um diese Grundannahme zu verändern, braucht es eine langfristig angelegte Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Und es braucht andere Erfahrungen, als die eingefahrenen Handlungs- und Reaktionsmuster (vor allem bezogen auf innenpolitische Zwänge und Denkmuster) hergeben.

Gibt es ein strukturelles Problem der politischen Vermittelbarkeit von Krisenprävention? Ist es der Öffentlichkeit vermittelbar, dass man Ressourcen und Kapazitäten investiert, um etwas zu verhindern, von dem man überhaupt nicht weiß, dass es wirklich eintritt? Diese Frage starrt mir zu sehr auf den Knall eines ausbrechenden Bürgerkrieges. Es gibt eine große Menge von Übergangs- und Zwischenstadien in Konflikten. Diese verschiedenen Konfliktphasen kennen wir inzwischen und werden sie in einem langen Prozess der Ausdifferenzierung von Erfahrungen und analytischen Fähigkeiten noch besser verstehen lernen.

Wir stehen ganz am Anfang eines Veränderungsprozesses, und wir brauchen einen langen Atem. Der gesamte Kontext einer Weltinnenpolitik ist noch gedanklich ungewohnt und politisch unerprobt. Zugleich werden wir uns von den Zwängen einer kurzlebigen Mediengesellschaft und von kurzatmigen Politik-Konzepten, die nur im Zyklus von Wahlen denken, befreien müssen.

## **2. Christiane Lammers** **Deutsche Stiftung Friedensforschung**

Um gemeinsam über das Tagungsthema "Effektive Krisenprävention" diskutieren zu können, müssen m. E. einige Vorklärungen stattgefunden haben.

So geht die Frage, die von den Veranstalter/innen an den Anfang der Tagung gestellt wurde, "Wie praxistauglich ist das Konzept?" davon aus,

- a) dass es ein Konzept gibt, und zwar ein klar umrissenes und ausgearbeitetes Konzept für effektive Konfliktprävention,
- b) dass man sich auf Begriffe verständigt hat, in diesem Zusammenhang z. B. auf "Praxis" und "Krise" und
- c) dass man sich einig ist, krisenpräventiv handeln zu wollen.

Diese drei Punkte werfen wiederum neue Fragen auf:

- Wollen wir vor jeder Krise Präventionsmaßnahmen durchführen? Soll jeder Konflikt vermieden werden?
- Soll der operative Begriff der Friedensarbeit durch den der Krisenprävention ersetzt werden, weil dieser im politischen Raum eher anerkannt wird und man mit ihm dort mehr Ressourcen mobilisieren kann?
- Wo ist der Unterschied zwischen Konzepten der Krisenprävention und Konzepten der nachhaltigen Entwicklung? Wo ist die Differenz zum Begriff "Friedensarbeit" oder zum Begriff "Friedenspolitik"? Was kann der Begriff der Krisenprävention mehr erklären, hält er z. B. mehr Handlungsoptionen bereit als die beiden anderen Begriffe?
- Bedeutet Krisenprävention heute im politischen Handeln nicht automatisch Intervention? Wird mit dem Begriff der Krisenprävention nicht suggeriert, man selbst trete als unbeteiligter Dritter und neutraler Vermittler auf, der mit der Krise an sich überhaupt nichts zu tun hat? Werden da nicht politische Zusammenhänge hinsichtlich des Eigenanteils an Konflikten verschleiert und der Begriff instrumentalisiert?

Hinsichtlich des Verlaufs von Krisen denken wir m. E. viel zu schematisch. Wir gehen gemeinhin davon aus, es gäbe eine Verlaufskurve, die in einem Koordinatensystem abbildbar ist, und einen ganz bestimmten kritischen Punkt, an dem man zu intervenieren hätte, damit der Konflikt nicht gewaltsam wird. Der 11. September hat jedoch z. B. unmissverständlich deutlich gemacht, dass es diese zeitliche Dimension eines "Vor - Während - Danach" so nicht gibt.

Wir benötigen differenziertere Informationen über die Dynamik und die widersprüchlichen Elemente von Krisen. Auch hier stellt sich wiederum die Frage: Was betrachten wir, und mit welchen Methoden? Noch gibt es Mängel in der wissenschaftlichen Analyse und Interdisziplinarität, und noch gibt es keinen ausreichenden Wissensaustausch zwischen dem Wissenschaftsbereich und der Praxis der Nichtregierungsorganisationen. In Bezug auf die politische Praxis stellt sich hingegen vielmehr die Frage, ob die Bereitschaft zu präventivem Handeln tatsächlich von vorhandenem Wissen oder nicht vielleicht von ganz anderen Faktoren abhängig ist. Einer dieser Faktoren, der im Zusammenhang mit der Diskussion um präventive Politik aufgeführt wird, ist der unterschiedliche Zeithorizont von politischem und präventivem Handeln. Ein zumindest in letzter Zeit zu wenig diskutierter Faktor sind m. E. das dem Ziel der Prävention möglicherweise entgegenstehende politische Interesse und die daraus folgenden Entscheidungen. Je nachdem, zu welcher Einschätzung man in diesem letztgenannten Punkt kommt, erübrigt sich eventuell die eingangs gestellte Frage.

### **3. Wolf-Dieter Eberwein**

**Wissenschaftszentrum Berlin, AG Internationale Politik**

Dem Konzept der Krisenprävention kann ich grundsätzlich Praxistauglichkeit bescheinigen. Es gibt jedoch einige grundsätzliche Probleme:

Das Defizit bei der Krisenprävention besteht nicht darin, dass Krisensymptome nicht frühzeitig erkannt werden, sondern, dass nicht frühzeitig gehandelt wird. Ein klassisches Beispiel ist Ruanda: Es gab bereits Wochen vorher Anzeichen für die nachfolgende Entwicklung. Man hätte etwas tun können, aber nichts ist geschehen. Das notwendige Wissen über die Entwicklung von Krisen ist also durchaus vorhanden, aber es wird nicht in die Praxis umgesetzt.

Wie unterscheidet sich das Konzept der Prävention von anderen Konzepten? Prävention ist die Verhinderung des Ausbruchs von Gewalt. Aus dieser definitorischen Eingrenzung und diesem zentralen Bezugspunkt ergeben sich drei Ansatzpunkte für Prävention:

1. verhindern, dass es überhaupt zu einem Gewaltausbruch kommt,
2. verhindern, dass Gewalt eskaliert und
3. verhindern, dass es nach dem Ende von Gewalt zu einem erneuten Gewaltausbruch kommt.



Diese drei Punkte beschreiben drei völlig unterschiedliche Problemfelder. Welchen Beitrag zur Bearbeitung dieser Probleme kann die Wissenschaft leisten? Die Wissenschaft hat selbst zwei grundlegende Probleme:

1. Es existiert bis heute keine saubere Typologie der unterschiedlichen Konflikte.
2. Einzelne Konflikte können klar identifiziert werden, wenn man auf unterschiedliche Datenquellen zurückgreift. Man wird aber feststellen müssen: Jeder Datensatz beschreibt eine anders geartete Gewaltsphäre. Ein Abgleich der Datensätze ergibt eine maximale Übereinstimmung von 50 %. Wenn die Wissenschaft es sich leistet, unterschiedliche Gewaltsphären zu identifizieren, was soll man da den Praktikern sagen? Jeder sucht sich die Gewalt heraus, die ihm passt?

Was könnte die Wissenschaft den Praktikern an die Hand geben, damit sie das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten auch wirklich ausschöpfen? Gibt es etwas, was die Praktiker ermutigen könnte, für Optionen zu votieren, die in der Praxis bislang weniger erprobt sind?

- Prävention muss sich auf die Akteure und ihr Verhalten konzentrieren. Auf dieses gilt es unmittelbar einzuwirken, um es in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen. Insbesondere muss in Betracht gezogen werden, dass es Akteure geben kann, die ein Interesse an einem Gewaltausbruch oder einer Gewalteskalation haben, da sie einen Nutzen daraus ziehen. Hier muss ich fragen: Wie gehe ich mit gewaltbereiten Akteuren um? Kann ich solchen Akteuren mit zivilen Mitteln begegnen?
- Wir müssen aus vergangenen Erfahrungen lernen und versuchen, die einzelnen Fälle zu rekonstruieren: Wie ist die Dynamik abgelaufen? Was ist getan worden? Wie ist es getan worden?
- Für die Zukunft gilt zu fragen: Welche Instrumente stehen uns effektiv zur Verfügung? Wir müssen das gesamte Spektrum der Instrumentarien auf seine Effektivität hin kritisch hinterfragen; immer unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes, in dem man eingreift. Der Fall Bosnien-Herzegowina ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlussreich: Die Zielsetzung, freie und demokratische Wahlen als Prinzip zu etablieren, war zweifellos richtig. Der Effekt war allerdings ein ganz anderer: Die Gruppen, die den Friedensprozess und die Integration Bosnien-Herzegowinas verhindern wollten, hat man dadurch gestärkt. Das heißt: wir dürfen nicht nur das Ziel oder nur die Mittel als solche betrachten, sondern wir müssen auch schauen, welche Effekte sie haben.

## **B. Effektive Krisenprävention - Was haben wir dort, wo wir uns bisher darum bemüht haben, gelernt? Was folgt daraus?**

### **1. Botschafter Lars Eric Lundin**

**European Commission, Directorate General for External Relations, Brüssel**

#### **Die politische Frage**

Konfliktprävention bedarf nicht nur des politischen Willens, sondern auch entsprechender Ressourcen. Die Europäische Union ist stark innenorientiert (sie gibt z. B. mehr als 50 % ihres Gesamtetats für Agrarpolitik aus), die beiden Bereiche Außenbeziehungen und internationale Zusammenarbeit werden vernachlässigt. Das heißt: wenn wir auf europäischer Ebene über Konfliktprävention sprechen, dann reden wir nicht nur über Außenpolitik, sondern auch über Innenpolitik und die politische Frage der langfristigen Ressourcenverteilung.

Wir dürfen Konfliktprävention nicht nur in politisch-militärischen Kategorien denken. Konfliktprävention muss Sicherheit und Entwicklung miteinander verbinden. Entwicklung bedeutet Sicherheit, und Sicherheit wiederum ist eine notwendige Voraussetzung für Entwicklung; Sicherheit in einem weiten Sinne, im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Dieser Zusammenhang wird von den Politikern unterschätzt. Es ist sehr schwer, die erforderliche politische Aufmerksamkeit darauf zu lenken und die notwendigen Ressourcen dafür zu mobilisieren.

#### **Die europäische Perspektive**

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt und ihre Erweiterung das größte Konfliktpräventionsprojekt in der Geschichte. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die sich für die interessierten Länder mit dem EU-Beitritt verbindet, ist ein wichtiger und positiver Aspekt von Konfliktprävention. Notwendig ist allerdings eine klare Identität der Europäischen Union und ein klares Verhältnis zu ihren Partnern.

Konfliktprävention kann nicht nach einem Schwarz-Weiß-Schema funktionieren. Wir dürfen keine Völker als gut oder schlecht definieren, um sie das eine Mal mit Sanktionen zu belegen und das andere Mal Zusammenarbeit mit ihnen zu vereinbaren. Diesen Fehler haben wir in den 90er Jahren auf dem Balkan gemacht.

#### **Strategien**

Es ist notwendig,

- Strukturen aufzubauen, die auch in Routinezeiten funktionieren;
- die schon vorhandenen Ressourcen besser zu verwenden;

- den Gedanken der Konfliktprävention in den Hilfsprogrammen der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern;
- EU-Beamte ins Feld zu schicken, damit sie Praxiserfahrungen sammeln können;
- in den verschiedensten Bereichen eine Kooperation mit anderen internationalen Organisationen zu schaffen.

## **Kooperationsmöglichkeiten zwischen EU und Nichtregierungsorganisationen**

Früher waren die Programme der EU vor allem auf wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet. Mittlerweile konzentriert sich die EU zunehmend auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft und setzt auf einen integrierten und langfristigen Veränderungsprozess. Die praktische Arbeit leisten vor allem nichtstaatliche Organisationen, die von der EU finanziell und durch inhaltliche Kooperation unterstützt werden.

Der 11. September ist keine Legitimierung dafür, alle kriminellen Verbrechen als Terrorismus zu bezeichnen. Die EU sieht es als ihre Aufgabe an, die örtlichen Nichtregierungsorganisationen durch die in Partnerschaftsverträgen verankerte Konditionalität von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu schützen, wenn unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden. Zudem wird die Menschenrechtsfrage in den politischen Dialogen, die die EU mit diesen Ländern führt, immer wieder auf den Tisch gelegt.

## **2. Ralf Horlemann** **Auswärtiges Amt, OSZE-Referat, Berlin**

"Uneingelöstes Versprechen oder bloßer Etikettenschwindel?" — Was ist versprochen worden? Was stand auf dem Etikett?

Das Bezugsdokument zur Klärung dieser Fragen ist der Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Darin wurde vereinbart: Stärkung der Infrastruktur für zivile Krisenprävention und Unterstützung und Stärkung der Vereinten Nationen und der OSZE.

Die Bundesregierung hat sich bemüht, diese Vereinbarungen umzusetzen: Sie hat die Haushaltsmittel für Krisenprävention erheblich aufgestockt. Im Bereich der Ausbildung von zivilem Friedenspersonal für die OSZE wurde versucht, eine Infrastruktur aufzubauen und handlungsfähiger zu werden. Der Auslöser hierfür war vor allem die Verifikationsmission der OSZE im Kosovo, die in kurzer Zeit sehr hohe Anforderungen an die OSZE-Kapazitäten stellte. Das Auswärtige Amt hat aus dieser Erfahrung Konsequenzen gezogen und damit begonnen, zivile Experten, die in OSZE-, UN- und in Zukunft vielleicht auch in EU-Missionen entsandt werden, auf ihre Einsätze besser vorzubereiten.

Das zweite Ziel dieses Ausbildungsprojektes ist es, eine Personalreserve aufzubauen. Mittlerweile konnte die Bundesrepublik Deutschland ihren Personalanteil bei der OSZE im Jahr 2001 von 8 % auf 11,5 % steigern. Für die Zukunft bedeutet dies: die Bundesregierung kann auch schneller reagieren, wenn Personal angefordert wird. Für 2002 plant das Auswärtige Amt, alle Aufgaben für die Vorbereitung und Entsendung von zivilem Friedenspersonal, die derzeit von ihm selbst wahrgenommen werden, auszulagern und dafür eine neue Institution zu gründen, die wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung haben wird als derzeit das Auswärtige Amt. Dies wird die bereits existierende Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit des Auswärtigen Amtes weiter stärken, d. h. die Möglichkeit zu reagieren und, was noch wichtiger ist, zu agieren - in größerem Umfang und schneller.

Zur Stärkung der Infrastruktur für zivile Krisenprävention gehört auch die neue Institution ZIVIK, die für das Auswärtige Amt die Projektprüfung und -abwicklung im Rahmen der zivilen Krisenprävention übernommen hat. Dabei geht es vor allem um kurz- und mittelfristige Projekte im Präventionsbereich von UN und OSZE. Auch im BMZ ist in den letzten zwei Jahren ein Stück weit, bezogen auf die Entwicklungspolitik, eine entsprechende Infrastruktur entstanden.

Die Bundesregierung hat sich ebenfalls bemüht, bei den internationalen Organisationen OSZE, EU und UN einen Beitrag zur Stärkung dieser Infrastruktur zu leisten. Für die 1998 entwickelte OSZE-Trainingsstrategie heißt das im einzelnen:

- 1999 Besetzung des Postens der Trainings-Koordinatorin durch eine Vertreterin des Auswärtigen Amtes;
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der Standards für das OSZE-Training;
- Mitwirkung an dem OSZE-Programm "REACT", welches zum Ziel hat, auf internationaler Ebene Personal nach bestimmten Standards zu qualifizieren und anschließend in eine Personalreserve einzuspeisen, um bei Bedarf schnell reagieren zu können.

Auch die EU hat im Bereich des zivilen Krisenmanagements einige Zielvorgaben formuliert. Für die Polizeireserve, an der Deutschland einen Anteil von 20 % hat, ist dieses Ziel bereits erreicht. Weitere Zielvorgaben in den Bereichen Zivilverwaltung und Rechtsstaatlichkeit werden folgen. Die EU-Kommission hat im November 2001 eine Arbeitsgruppe gegründet, in der Experten aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam einheitliche Trainingsstandards formulieren und dabei auch auf die bereits in der OSZE existierenden Standards zurückgreifen. Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet zudem mit sehr vielen Ländern auf dem Gebiet der zivilen Krisenprävention zusammen (z. B. Österreich, Skandinavien, Kanada) oder versucht, dort ähnliche Entwicklungsprozesse anzustoßen (z. B. in Polen).

"Uneingelöstes Versprechen oder bloßer Etikettenschwindel?" — Für abschließende Beurteilungen ist es noch zu früh. Deutlich geworden ist: Prävention ist ein sehr komplexer Prozess, der Zeit braucht, der vor allen Dingen Zusammenarbeit mit und

Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren braucht. Die Bundesregierung steht erst am Anfang ihrer Bemühungen, insofern ist hier einfach Geduld erforderlich. Jedoch wurde noch nie soviel für Prävention getan wie in den letzten drei Jahren. Es wurde auch noch nie soviel darüber gesprochen. Deshalb fühlt sich manche und mancher vielleicht ge- oder enttäuscht, weil die Erwartungen auch sehr hoch waren. Es ist viel getan worden und der Weg ist beschritten worden. Man kann unendlich viel tun, ohne jemals die Gewissheit zu haben, ob das, was man tut auch ausreicht. Letztlich kann man diesen Widerspruch nicht auflösen, weil man nie beweisen kann, dass etwas verhindert wurde, *weil* es oder *wenn* es nicht eingetreten ist.

### **3. Angelika Spelten** **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung**

Meine Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf Erfahrungen im Bereich des Zivilen Friedensdienstes und auf spezifische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die sich auf zivile Friedensförderung konzentrieren. Sie berücksichtigen damit nur einen Teil der Ansatzmöglichkeiten ziviler Krisenprävention.

#### **Wo wir uns bemüht haben**

Die Anzahl der Projekte im Bereich ziviler Friedensförderung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Dabei wurde etliches dazugelernt, und es wurden neue Wege beschritten. Die Projektansätze und das methodische Vorgehen haben sich verbreitert. Die meisten Projekte sind jedoch nach wie vor in Nachkriegssituationen angesiedelt und nicht in Vorkriegsszenarien, wie es dem Ziel der *Krisenprävention*- im engeren Sinn des Begriffs - eher entsprechen würde. Die Umsetzung des Grundgedankens, möglichst frühzeitig zu agieren, gelingt noch nicht vollständig. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen wie den konzeptionellen Mangel an überzeugenden Projektformen oder schlicht der fehlende Zugang zu zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort. Nicht zuletzt ist die Idee der Frühzeitigkeit eine relativ europäische. In afrikanischen Gesellschaften beispielsweise ist die Wahrnehmung oft eine ganz andere. Dort wird das Reden über mögliche negative Entwicklungen der Zukunft als das "Herbeireden" von Übel abgelehnt.

Die überwiegende Zahl von Projektansätzen des Zivilen Friedensdienstes oder der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit widmet sich den psychosozialen Voraussetzungen der gesellschaftlichen Friedensfähigkeit. Dazu gehören u. a. Trauma-Arbeit, Versöhnungsarbeit, Unterstützung der Selbstorganisation von Flüchtlings-, Jugend- und Frauengruppen oder das Wiederherstellen von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die durch ein Konfliktgeschehen getrennt wurden. Hier liegt eindeutig eine besondere Stärke unserer Arbeit, die an diesen Stellen dazu beiträgt, zivilgesellschaftliche Strukturen wieder aufzubauen.

Unterteilt man in einer vereinfachenden Weise die Akteure des Konfliktgeschehens, insbesondere der gewaltsamen Auseinandersetzung, in die so genannten *peace constituencies* und *war constituencies*, dann fällt auf, dass die Hauptzielgruppen der Projekte und konzeptionellen Ansätze die *peace constituencies* sind. Friedensarbeit kann langfristig jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, auch die gewaltbereiten und von der Gewalt profitierenden Kreise zu Verhaltensänderungen zu bewegen. Wir müssen also Wege finden, sie in die Projektarbeit einzubeziehen. Das kann heißen, Projekte gezielt auf den Kontakt mit Polizeikräften, *Warlords*, Rebellen, Armeeingehörigen usw. auszurichten.

### **Was haben wir daraus gelernt?**

Anders als anfangs immer behauptet, wurden die genannten spezifischen Ansätze und Aktivitäten im Rahmen von Humanitärer Hilfe oder von Entwicklungszusammenarbeit nicht so deutlich wahrgenommen wie jetzt im Rahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung. Es ist also durchaus nicht so wie es anfangs immer wieder gesagt wurde: Zivile Konfliktbearbeitung - das machen die anderen ohnehin schon. Diese Aussage ist widerlegt.

Die Arbeit im Rahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung ist vonnöten und wird von den Bevölkerungsgruppen vor Ort nachgefragt. Allerdings ist die Zeit noch zu kurz, um schon Erfolge oder Wirkungen messen zu können. Was könnten Indikatoren sein? Möglicherweise Veränderungen im Sicherheitsgefühl der Bevölkerungsgruppen. Wenn sie sagen: dieses Projekt muss weitergeführt werden, weil wir den Eindruck haben, dass wir trotz des konfliktträchtigen Kontextes unser Leben besser organisieren können, uns dabei sicherer fühlen, - und wenn diese Botschaft in andere gesellschaftliche Kreise weitergegeben wird, dann ist das ein Indiz für die Wirkung ziviler Konfliktbearbeitung!

### **Kritische Punkte**

Wir müssen selbstkritisch zugeben, dass sich das eigentliche gewaltsame Konfliktgeschehen bislang durch die zivile Konfliktbearbeitung nicht wesentlich verändert hat. Würde man z. B. für Israel/Palästina und Nordirland Zeitschienen anlegen und die Arbeit im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung messen, wie viele Menschen und Gruppen involviert sind und wie tief deren Arbeit in die Gesellschaft wirkt, dann könnte man über einen langfristigen Zeitraum einen durch Rückschläge unterbrochenen, aber tendenziellen Anstieg von Friedensengagement feststellen. Wenn man sich analog dazu auf der gleichen Zeitschiene den Konfliktverlauf auf der staatlichen Ebene anschaut, dann sind Auf- und Abschwünge zu verzeichnen, die keinerlei Parallelität mit dem Verlauf des zivilgesellschaftlichen Agierens aufweisen. Da scheint sich etwas abzukoppeln. Wie gehen wir damit um?

Gerade in Israel/Palästina erfahren wir, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für zivile Konfliktbearbeitung einsetzen, durch die Konfliktentwicklung auf staatlicher Ebene an massive Grenzen stoßen. Nicht nur, dass Projektaktivitäten durch die Absperrung der Gebiete unterbunden werden, auch die Motivation für konstruktive Strategien leidet. Es gibt vereinzelt Berichte aus Projekten sowohl in Israel/Palästina als auch in Nordirland, die darauf hinweisen, dass die Durchhaltekraft der Friedenskräfte endlich ist, und kritische Stimmen fragen: Wir haben uns lange Zeit in dem Friedensprozess engagiert, aber jetzt ist vielleicht der Punkt gekommen, wo es so nicht mehr geht. Wie gehen wir mit solchen Rückschritten um?

## **Wo wir konzeptionell nacharbeiten müssen**

Wir müssen unsere eigenen Konzepte und die ihnen zugrunde liegenden Prämissen kritisch hinterfragen:

Bislang sind wir davon ausgegangen, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure mit ihren Aktivitäten auf übergeordnete politische Ebenen vorstoßen. Haben wir empirische Belege dafür, wann und wie das gelingt? Hier müssten wir die Akteure, die auf den anderen Ebenen aktiv sind, fragen: Wie werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten von euch wahrgenommen? Wie können wir zusammenarbeiten? Wie können die Anliegen der Zivilgesellschaft auf die anderen politischen Ebenen transportiert werden?

Auch der Zusammenhang von Armut und Gewaltentwicklung wird oft als sehr direkt und unmittelbar angeführt. Wie sehen die Kausalitätsketten wirklich aus? Wie direkt ist dieser Zusammenhang wirklich? Ist er nicht doch sehr mittelbar? Was wissen wir eigentlich genau darüber?

Bislang nahmen wir an, dass Staatlichkeit an sich von allen Konfliktbeteiligten befürwortet werde und letzten Endes alle gegen Gewalt seien. Wir nahmen an, alle Konfliktbeteiligten würden von der Stärkung staatlicher Strukturen und vom Aufbau einer Friedensordnung profitieren. In den letzten Jahren haben Konstellationen in den Konfliktgeschehen zugenommen, bei denen auch zivilgesellschaftliche Gruppen von einem Staatszerfall profitieren und daran interessiert sind, dass sich die Staatlichkeit nicht stabilisiert. Solche Gruppen sind darauf angewiesen, dass es Freiräume für organisierte Kriminalität und andere Bereiche gibt, auf die der Staat keinen Zugriff mehr hat. Was heißt das für unsere Arbeit? Was heißt das für die Grenzen, die zivilgesellschaftlichen Ansätzen gesetzt werden? Wie können wir darauf reagieren?

Wir haben einen großen Bedarf an der Reflexion und Überarbeitung unserer Konzepte. Das Bild vom Etikettenschwindel passt jedoch nicht: Konfliktprävention kann kein Status sein, der zu einem bestimmten Zeitpunkt als erreicht gilt; es ist vielmehr eine Vision, der wir uns immer weiter annähern müssen. In der Entwicklungszusammenarbeit haben wir den Anspruch, die Armut zu besiegen. Wir versuchen das seit

40 Jahren und haben es immer noch nicht geschafft. Aber nur wenige kommen auf die Idee zu sagen: Entwicklungsprojekte seien grundsätzlich nutzlos oder ein Etikettenschwindel. Es bleibt eine Vision...

#### **4. Vorläufige Schlussfolgerungen** **Jörg Calließ, Ev. Akademie Loccum**

Aus der Evaluation unserer bisheriger Bemühungen und unserer *lessons learned*-Diskussion lassen sich folgende vorläufige Schlussfolgerungen ziehen:

1. Alle Aktivitäten im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung können nützlich sein, sollten aber nicht per se als präventive Arbeit ausgegeben werden. Man sollte sehr deutlich unterscheiden zwischen dem engeren Bereich der Krisenprävention und dem breiteren Spektrum der zivilen Konfliktbearbeitung.
2. Jede grenzüberschreitende Krisenprävention ist eine Intervention. Zu klären ist die Legitimation einer solchen Intervention.
3. In Zusammenhang mit Punkt 2 ist zu klären, welches Konzept der grenzüberschreitenden krisenpräventiven Intervention zugrunde liegt.
4. Es scheint sinnvoll zu sein, möglichst frühzeitig zu intervenieren, ehe die Eskalationsspirale in Gang gekommen ist. Eine frühzeitige Krisenprävention (Intervention) sollte durch Konzepte, die auf Langfristigkeit angelegt sind, sowie die entsprechenden langfristigen finanziellen und personellen Ressourcen abgesichert sein.
5. Effektive Krisenprävention besteht nicht aus isolierten Projekten, sondern aus einem breiten Spektrum unterschiedlichster Bemühungen, Ansätze und Instrumente, die sich alle konstruktiv aufeinander beziehen sollten. Dazu gehören auch:
  - Prozesse einer ökonomischen und sozialen Entwicklung,
  - Prozesse der rechtsstaatlichen Institutionenbildung,
  - Prozesse der Förderung einer pluralistischen Öffentlichkeit und demokratischer Meinungsbildung sowie der
  - Aufbau von Zivilgesellschaft.
6. Die unter Punkt 5 genannten Prozesse sollten zumindest konzeptionell aufeinander bezogen sein, um Synergieeffekte erzeugen zu können. Entscheidend dafür ist die Kooperation und Abstimmung zwischen den Akteuren der verschiedenen Milieus und der verschiedenen Ebenen.
7. Grundlage für krisenpräventive Arbeit sollte eine durch entsprechende Qualifikationen und Trainings gewährleistete Professionalität sein, damit sich die krisenpräventiven Akteure in der Praxis behaupten und legitimieren können.



8. Professionalität sollte nicht als eine Sozialtechnik verstanden werden, die mit vorgefertigten Konzepten und griffbereiten Instrumenten Problemlösungen oktroyiert, sondern als eine Sozialtechnik, die auf Grundlage der Bedürfnisse vor Ort und der Anerkennung des kulturellen Kontextes Hilfe zur Selbsthilfe anbietet.
9. Zivile Krisenprävention steht in Konkurrenz zu einer machtorientierten Realpolitik. Die aus dieser Realpolitik resultierenden außenpolitischen Interessen begrenzen zivile Konfliktbearbeitung in ihrer Wirkung. Folgen für den Gesamtbereich Zivile Konfliktbearbeitung sind zu knappe Ressourcen und zu geringe Kapazitäten.

## **C. Effektive Krisenprävention am Beispiel Zentralasien: Was müsste und was könnte getan werden, um gefährlichen Krisenentwicklungen zu begegnen?**

### **1. Einführung in das Expertengespräch zu Zentralasien Arnd Henze, WDR-Fernsehen - Programmgruppe Ausland**

Zentralasien stellt sich als eine Region dar, in der mehrere Krisenfaktoren komplex miteinander verflochten sind.

In den zentralasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion treffen repressive bis diktatorische Regime auf einen zunehmend radikalisierten und gewalttätig auftretenden Islamismus. Eine Vielzahl von grenzübergreifenden ethnischen Loyalitäten, die sich zu den neuen, seit zehn Jahren existierenden Staatsformationen quer verhalten, hat zu einem massiven Regionalinterventionismus sowohl von russischer als auch von islamistischer Seite aus geführt.

Es handelt sich in Zentralasien um sehr arme Staaten, in denen es gleichzeitig riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen gibt, die jedoch ungleich verteilt sind. Damit verbunden ist das Problem der Erschließung dieser Rohstoffquellen und des Transports zu den Weltmärkten. Das Interesse westlicher Konzerne an der Ausbeutung dieser Vorkommen ist immens.

Schließlich befindet sich die Region auch noch im geostrategischen Fadenkreuz zwischen Europa auf der einen Seite und China, Indien und Ostasien auf der anderen Seite.

Der 11. September hat dieses Geflecht von Krisenfaktoren mit einer zusätzlichen Komplexität versehen. Wo bietet dieses komplexe Geflecht Ansatzpunkte, um in krisenpräventiver Absicht handlungsfähig zu werden?

## 2. Frank Herterich

Auswärtiges Amt, Mitglied des Planungsstabes, Berlin

### Komplexe Faktoren der Instabilität in der Region Zentralasien

Die Krisenanfälligkeit der zentralasiatischen Region ist von drei sich überlagernden Dimensionen der Instabilität geprägt:

#### *Innere Faktoren der Instabilität:*

Die Gesellschaften sind überwiegend geprägt vom Clanswesen tradierter Stammesgesellschaften und (post)kommunistischer Nomenklatura. Diese Strukturen stehen einer auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und *Good Governance* zielenden Modernisierung im Weg. Autoritäre bis despotische Präsidenten, Korruption, Klientelismus, Ineffizienz des gesamten öffentlichen Sektors, ungenügende innere Sicherheit, wirtschaftliche Schwäche, Armut, Perspektivlosigkeit für die Jugend: all dies bündelt sich zum Syndrom des Staatszerfalls. Hinzu kommt das prekäre Verhältnis des Islam zum säkularen Staat und zur Moderne; ein Beispiel rückwärts gewandter politischer Leitbilder, wie sie sich nach der Auflösung der alten Imperien und nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in dem sich von Afrika bis nach Südasien erstreckenden Krisenbogen herausgebildet haben.

#### *Regionale Faktoren der Instabilität:*

Dazu gehören: die sehr starke Abschottung der Länder untereinander anstatt kooperativer Beziehungen zueinander; Grenzstreitigkeiten; Streit um Wasser; Ressourcenknappheit; eine marode Infrastruktur, die es nur unzureichend erlaubt, Rohstoffe und Energie zu transportieren; die gegenseitige Einmischung in soziale, kulturelle und religiöse Auseinandersetzungen, in Minderheitenkonflikte und die wechselseitige Unterstützung des Extremismus.

#### *Externe Faktoren der Instabilität:*

Die Großmächte und mittelgroße Regionalmächte nehmen aufgrund geostrategischer bzw. partikularer Interessen instrumentell Einfluss. Im Süden hat Afghanistan bisher als Operationsbasis für lokale Extremisten, internationale Terroristen und organisierte Kriminalität gedient.

In einem solch komplexen Geflecht von Krisenfaktoren einen Ansatzpunkt für effektive Krisenprävention zu finden, ist äußerst schwierig. Es bleibt gar nichts anderes übrig als die Krisenfaktoren zusammenhängend anzugehen. Das heißt zwar nicht, sie alle mit der gleichen Intensität zu bearbeiten, aber sie werden sich schlecht vollständig voneinander isolieren und einzeln lösen lassen. Der Versuch, die äußere Einflussnahme zurückzudrängen bzw. im Sinne einer multilateralen Stabilitätspolitik in der Region zu bündeln, bedeutet beispielsweise, dass Länder wie Russland, China, die USA und die Regionalmächte Iran und Pakistan zu einer konstruktiven Politik bewegt werden müssen. Die gegenwärtige Krise um Afghanistan kann den Ausgangspunkt zu einem Umdenken von einer selektiven Politik hin zu einer kooperativen Politik bieten, weil alle Beteiligten die Folgen einer nur von Partikularinteressen

geleiteten Politik sehen, die letztlich Instabilität hervorruft. Dies ist die in der gegenwärtigen Krise liegende Chance.

Die Verfolgung eines regionalen und kooperativen Sicherheitskonzeptes ist außerordentlich wichtig, und politische Reformen im Inneren der zentralasiatischen Republiken bilden in diesem Zusammenhang den Kern einer Präventionsstrategie. Der Versuch, regionale Stabilität an Stelle von inneren Reformen zu kaufen, muss als gescheitert gelten. Diese Vorgehensweise setzt selektiv auf autoritäre und despotische Regime in der Hoffnung, dass diese auf der Basis von Unterdrückung im Inneren und des Ruhighaltens im Äußeren Stabilität herstellen. Ein Motor für innere Reformen kann eine politisch konditionierte Wirtschafts- und Aufbauhilfe sein, die eine wirtschaftliche Entwicklung nicht anstatt, sondern auf der Grundlage von Reformen ermöglicht.

### **Dialog und Isolierung - Der Umgang mit dem islamistischen Extremismus**

Krisenprävention muss vielschichtig angelegt sein. Ein Ansatzpunkt ist der Umgang autoritärer Regime mit islamistischen Bewegungen bzw. mit dem islamistischen Extremismus. Die vorherrschende Tendenz ist, repressiv mit ihnen umzugehen. Das steigert den Extremismus unter dem politischen Islamismus und verschafft dem extremen Rand einen Resonanzboden auch unter islamischen Massenbewegungen. Die Bundesrepublik Deutschland wie auch die EU betrachten Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als elementare Bestandteile einer Stabilitätspolitik in Zentralasien. Sie setzen daher auf Integration durch Dialog und Einbeziehung auf der einen Seite und auf Isolierung des extremistischen Randes auf der anderen Seite. In diesem Zusammenhang sind Dialogforen zwischen Regierung und islamistischen Kräften, wie sie beispielsweise in Tadschikistan organisiert worden sind, von außerordentlicher Bedeutung.

Der Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und gegen Terrorismus muss unter Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit geführt werden. Er darf nicht zu einer willkürlichen Unterdrückung der Opposition umfunktioniert werden. Wenn die zentralasiatischen Regierungen auf mittlere Sicht im Interesse ihrer Länder an einer Zusammenarbeit mit westlichen Partnern interessiert sind, dann muss dies als Anreiz für umfassende Reformen im Inneren genutzt werden. Wichtig ist, allen Akteuren in der Region - auch denen, die von Instabilität profitieren - deutlich zu machen, dass alle Seiten Nutzen davon haben, wenn sie von der Konfrontation zur Kooperation übergehen. Unsere Politik muss darauf zielen, die wichtigsten Akteure durch Schaffung von Win-Win-Situationen in eine regionale Stabilitätspolitik einzubinden.

Nach dem 11. September besteht die Gefahr, dass man die repressiven Regime unter dem Gesichtspunkt der Kampagne gegen den Terrorismus erneut nur instrumentell behandelt. Der innenpolitische Spielraum für die autoritären Regime wird jedoch zunehmend enger. Die an sie herangetragene Erwartung, zu regionaler Stabilität beizutragen, können sie auf der Basis ihrer konservativen, an Machterhalt und partikularen Interessen orientierten Politik immer weniger erfüllen. Dies beinhaltet die Chance, der Politik gegenüber den zentralasiatischen Staaten durch multilaterale Abstimmung eine Wende hin zu dauerhafter Stabilität zu geben. Dies ist das hoffnungsvolle Szenario. Das skeptische Szenario kann nicht ausschließen, dass nach Entschärfung der aktuellen Krise das Interesse für die zentralasiatische Region wieder nachlässt. Die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Engagements, die Deutschland - innenpolitisch nicht unumstritten - eingegangen ist, zielen auf eine dauerhafte Befriedung und eine nachhaltige Entwicklung der Region.

### **3. Esther Schaufelberger**

**Schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),  
Sektion Konfliktprävention, Bern**

#### **Zentralasien nach dem 11. September**

Sehr vieles ist noch Spekulation, was genau die Auswirkungen vom 11. September und vom Afghanistan-Krieg auf Zentralasien sein werden. Bis jetzt spielte die Region fast keine Rolle in der Weltpolitik; jetzt auf einmal erfährt sie sehr viel Aufmerksamkeit vor allem von westlichen Staaten. Viele Entwicklungsgelder sind versprochen worden.

Im Bereich Friedensförderung und Konfliktprävention beschränken sich das politische Interesse und die entwicklungspolitischen Aktivitäten auf einzelne, lokal begrenzte Projekte. In Tadschikistan wurden einzelne Piloterfahrungen gesammelt in den Bereichen Nach-Konflikt-Phase, Konsolidierung und Wiederaufbau. Die Fördermittel für diese Einzelprojekte waren dementsprechend begrenzt. Jetzt wird die Region plötzlich von Fördermitteln geradezu überschwemmt. Es sind Zweifel angebracht, ob solche hohen Geldsummen sinnvoll zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die es in diesem Sinne dort nicht gibt, ausgegeben werden können.

Es kommt jetzt sehr darauf an, wie diese Mittel verwendet werden. Wichtig wäre, das Ganze langsam anzugehen und sich Zeit zu nehmen, um lokale Partner aufzubauen, wirkliche Zusammenarbeit zu entwickeln, gemeinsam die örtlichen Bedürfnisse zu identifizieren. Es gibt nahezu keine lokalen NGOs, die mit finanzieller Unterstützung allein die Resultate erzielen, die westliche Geber von ihnen erwarten. Bis jetzt engagieren sich nur wenige internationale NGOs längerfristig in Zentralasien. Die Konkurrenz zwischen Gebern um lokale NGOs ist daher fast größer als die Konkurrenz zwischen den lokalen NGOs um deren Fördermittel. Aber auf der Geberseite sind da die politischen Sachzwänge, schnell vorwärts zu kommen und schnell etwas Vorzeigbares zu haben. Viel wichtiger als schnelle Resultate wären aber die stattfin-

denden Prozesse, denen man sich viel mehr widmen muss und die man nicht vernachlässigen darf. Lokale NGOs haben eine wichtige Rolle, denn die politischen Machtverhältnisse können nicht von außen verändert werden, und ein gesellschaftlicher Wertewandel kann nicht von außen herbeigeführt werden. Lokale NGOs könnten noch viel mehr von echten, langfristigen Partnerschaften mit internationalen NGOs profitieren. Außerdem ist es auch notwendig, dass sich Nichtregierungsorganisationen auch hier in den westlichen Ländern für eine sinnvolle Verwendung der Gelder einsetzen, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

## **Die Komplexität von Vor-Konflikt-Situationen**

Die Vor-Konflikt-Situationen in Zentralasien sind sehr komplex: Man müsste den Auslöser identifizieren können, der dazu führt, dass sich auf verschiedenen Ebenen verschiedene Faktoren gegenseitig beeinflussen und sich verschiedene Konfliktlinien miteinander verknüpfen, die sich alle zusammen zu einer Gewalteskalation aufschaukeln. Die Frage, welches der dringendste Ansatzpunkt ist, lässt sich kaum beantworten. Das Konfliktpotential setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen, die einzeln für sich bislang nicht zu breiten Gewaltkonflikten geführt haben; auch deshalb nicht, weil es funktionierende Institutionen und Mechanismen gibt, die bislang verhindert haben, dass sich diese einzelnen Konfliktfaktoren zu einem größeren Gewaltausbruch kumulieren. Eine der Hauptkonfliktlinien ist die mangelnde politische Partizipation. Die Förderung der politischen Partizipation auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen ist von zentraler Bedeutung.

## **Krisenprävention auf lokaler Ebene**

Auf der Ebene der Gemeinden und Provinzen gibt es viele Institutionen und Netzwerke, die sofort versuchen, vermittelnd einzugreifen, wenn sich ein Konfliktpotential aufbaut. Das sind einerseits die lokalen Behörden, und das sind andererseits eine Reihe von Leuten in den Gemeinden, z. B. die traditionellen Ältestenräte. Problematisch ist oft, dass diese Institutionen während der Sowjetzeit auch für Propaganda- und Kontrollzwecke benutzt und umgeformt wurden und dadurch ihre traditionelle Form verloren haben.

Auf Provinzebene gibt es grenzüberschreitende Provinzvertretungen. Die Behörden verhandeln miteinander und finden sehr oft Lösungen auf dieser lokalen Ebene. Wichtig ist, dass die Funktionäre auf der Provinz-, aber auch auf der zentralstaatlichen Ebene alle immer noch dieselbe Sprache - Russisch - sprechen. Sie kommen alle aus derselben Generation, haben zusammen studiert, haben dieselben kulturellen Referenzen. Auch wenn die Spannungen mal hoch sind: jede Seite weiß genau, was sie sagen muss, damit die andere Seite sich etwas beruhigt. Es werden sehr oft Anspielungen auf die Vergangenheit gemacht; darauf, dass man zusammen studiert hat, dass man Teil eines Ganzen war. Auch wenn sich die Staaten auf der politischen Ebene gegeneinander zu isolieren beginnen, so bestehen doch immer noch sehr viele persönliche grenzübergreifende Netze. Dies wird sich jetzt ganz langsam verän-

dern. Es kommt eine neue Generation, die von der Sowjetperiode zwar weniger belastet ist, die aber auch weniger gemeinsame Referenzen in der Sprache und im gesamten kulturellen System hat.

Abgesehen vom Bereich Sicherheit, in dem eine ernsthafte Zusammenarbeit auf regionaler Ebene stattfindet, werden regionale Probleme wie die Wasserallokation in kurzfristigen, bilateralen Abkommen geregelt.

Bis jetzt haben Konfliktfragen wie die Wasserallokation nicht zu breiten Gewaltkonflikten geführt. Die kurzfristigen Lösungen sind für die Bevölkerung der betroffenen Randregionen innerhalb der einzelnen Länder nicht immer optimal, vor allem, wenn es sich nicht um die Herkunftsregion der Clans handelt, die den zentralstaatlichen Apparat kontrollieren.

#### **4. Botschafter a. D. Wilhelm Höynck** **Persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für Zentralasien**

##### **Krisenprävention der OSZE in Zentralasien**

Die Region Zentralasien war für die OSZE lange Zeit eine Terra Inkognita. Seit dem Ende der Sowjetunion vor zehn Jahren hat sich das etwas geändert. Langsam wächst das Verständnis für die Geschichte und die Probleme dieser Region. Aber allein schon die definitorische Zusammenfassung sehr unterschiedlicher Länder zu einer einheitlichen Region ist problematisch. Was ist Zentralasien? Zählt Afghanistan dazu? Gehört die Mongolei noch dazu?

Der 11. September hat die Lage in Zentralasien nicht wesentlich verändert. Verändert hat der 11. September den Einblick und das Verständnis, was in dieser Region vor sich geht. Zentralasien ist im Unterschied zum Balkan und zum Kaukasus keine Krisenregion. Es existiert ein sehr großes Konfliktpotential; nicht weniger, aber auch nicht mehr. Deshalb hat sich die internationale Staatengemeinschaft mit Zentralasien immer nur am Rande beschäftigt.

Bei der Bundesregierung war die Einsicht in die Notwendigkeit, sich intensiv um Konfliktverhütung zu bemühen, auch schon vor dem 11. September vorhanden. Aber gegenüber dem Balkan und dem Kaukasus bewegte sich die Region im unteren Drittel der Prioritätenliste. Zentralasien ist relativ weit weg. Der 11. September hat die Einschätzung der Lage aktualisiert, und die Chancen für eine Krisenpräventionspolitik gemeinsam mit den Partnern in den fünf zentralasiatischen Staaten haben sich eindeutig verbessert.

Was kann man tun? Ich sehe drei Handlungsebenen:

- Die Zivilgesellschaft: Die Förderung der Menschenrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss ausgebaut und verstärkt werden. Die Generation der 40jährigen gelangt zunehmend in leitende Positionen. Diese Generation ist nur noch teilweise von der Sowjetunion geprägt worden und entwickelt eine eigenständige Staatsphilosophie. Das Einüben von partizipatorischen Prozessen ist ganz entscheidend und muss auf allen Ebenen und in allen Bereichen angeregt, gestützt und gefördert werden.
- Die Wirtschaft: Der wirtschaftliche Bereich bietet eine Chance für unterstützende Maßnahmen zur Verhütung von Konflikten. Die Situation ist in manchen Wirtschaftszweigen kritisch; ganz abgesehen davon, dass es seit zwei Jahren eine große Trockenheit gibt, die insbesondere Tadschikistan und Usbekistan erheblich trifft. In dem sehr reformresistenten Usbekistan gibt es eine gewisse Auflockerung im Hinblick auf Reformen. Diese Entwicklung muss man unterstützen, aber das gelingt nur, wenn die Hauptakteure - die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die EU und die anderen Geldgeber - versuchen, mit einer Stimme zu sprechen. Es geht nicht darum, einfach nur Mittel bereitzustellen, sondern das Entscheidende ist, die Partner in den fünf zentralasiatischen Staaten im Dialog zu überzeugen, entsprechende Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit solche Hilfe überhaupt wirksam ist. Einfach nur Geld hineinzupumpen bringt nichts.
- Die besonders schwer zugänglichen Konfliktpotentiale Wasser- und Energiemanagement. Das Wasser spielt für alle Staaten eine zentrale Rolle. Es ist ein klassischer Konflikt zwischen den eher kleineren und ärmeren Staaten in den Bergregionen (Kirgistan und Tadschikistan), aus denen das Wasser kommt, und den wirtschaftlich stärkeren Staaten mit riesigen Bewässerungsgebieten (Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan). In der Sowjetunion wurde die Verteilung der Wassermengen zentral in Moskau geregelt. Das funktioniert nicht mehr, denn alle ehemals sowjetischen Republiken sind jetzt selbstständige Staaten. Der Konflikt wird durch die zum Teil nicht definierten Grenzen nicht einfacher. Die Grenzen wurden von der sowjetischen Regierung völlig willkürlich gezogen; mit Exklaven und Inkla-ven. Hier von außen einzuwirken, ist für die internationale Gemeinschaft schwierig, weil es von den fünf Staaten immer mindestens einen gibt, der sagt: Internationale Einwirkungen von außen wollen wir nicht. Das lösen wir hier in der Region.

Die politischen und finanziellen Investitionen in den zentralasiatischen Ländern müssen Schritt für Schritt erhöht werden. Aber das ist keinerlei Garantie für schnelle oder sichere Erfolge, denn was immer wir versuchen von außen anzuregen: letzten Endes zählt nur das, was aus der Region selbst kommt. Entscheidend ist, was in der Region selbst getan wird.

## **Das Verhältnis Islam - säkularer Staat**

Das Verhältnis Islam - säkularer Staat ist im Wesentlichen ungeklärt. Hier ist ein sehr komplizierter und hochkomplexer Klärungsprozess im Gange, der für beide Seiten sehr schwierig ist. Westliche NGOs sollten sich da ganz klar heraushalten. Sein Verhältnis zum säkularen Staat muss der Islam innerhalb seiner selbst klären. Wenn wir meinen, wir könnten dieses Problem lösen, aus *unseren* Erfahrungen heraus, dann kann das sehr schwierig werden.

## **Etikettenschwindel oder uneingelöstes Versprechen?**

"Der Eindruck von Mängeln ... kann stets zwei Gründe haben: entweder ist da zu wenig Erfüllung, oder da ist zu viel Erwartung. Ich denke, wir leiden vor allem an der Übererwartung: Zum allgemeinen Anspruchsdenken gehört auch das Anspruchsdenken in Dingen Vollkommenheit der Welt." (Odo Marquardt). Die Unvollkommenheit dieser Welt kann lähmen, sie kann aber auch motivieren. Wir müssen uns einfach entscheiden: wollen wir uns lähmen lassen oder wollen wir uns motivieren lassen. Konfliktpotential ist in Zentralasien vorhanden, und wir müssen versuchen, unsere Kräfte zu bündeln und die Konflikte zügig und auch parallel anzugehen. Aber uns dadurch lähmen zu lassen, indem wir sagen: wenn wir nicht alles sofort machen, dann tun wir lieber überhaupt nichts — das ist nicht die Alternative. Zentralasien ist ein gutes Beispiel dafür, dass man sich motivieren lassen kann.

## **III. Elemente in der Diskussion über effektive Krisenprävention**

Der nun folgende thematische Teil der Dokumentation benennt drei Elemente in der Diskussion über Krisenprävention, fächert diese thematisch auf und vertieft sie. Grundlage sind die beiden Plenumsdiskussionen "Was haben wir gelernt?" und "Krisenprävention am Beispiel Zentralasien".

Der erste Themenkomplex, dem der Kurzvortrag von Tilman Evers zur Zivilgesellschaft als inhaltliche Einführung vorangestellt ist, bezieht sich auf den westlichen Begriff der Zivilgesellschaft und die problematischen Folgen, die die Übertragung dieses Gesellschaftsmodell auf nichtwestliche Gesellschaften im Rahmen von Krisenprävention mit sich bringt.



Im Themenblock B wird untersucht, wie sich Theorie und Praxis von krisenpräventiven Konzepten zueinander verhalten und spürt notwendigen konzeptionellen Weiterentwicklungen in der wissenschaftlichen Theorie und notwendigen Veränderungen in der Praxis nach.

Die dritte Themenbündelung verweist auf außenpolitische, ökonomische und mediale Kontexte, in denen sich zivile Krisenprävention bewegt, und deutet notwendige politische Auseinandersetzungen an.

## **A. Krisenprävention als Teil der "Verwestlichungswalze"?**

### **1. Der Begriff der Zivilgesellschaft (Tilman Evers)**

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat seine ersten Ursprünge im antiken Athen und ist ausschließlich durch die abendländische Geschichte geprägt. "Zivilgesellschaft" ist folglich ein zutiefst westlicher Begriff. Ursprünglich in einem demokratisch-republikanischen Kontext verwendet, wurde "Zivilgesellschaft" in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem zu einem antidiktatorischen Kampfbegriff (in Lateinamerika von links gegen rechte Diktaturen; in Osteuropa von rechts gegen linke Diktaturen).

In den westlichen Demokratien hat die Zivilgesellschaft eine komplementäre Bedeutung im Sinne einer doppelten Negation erlangt: sie ist ungleich Staat, und sie ist ungleich Markt. Die Abgrenzung ist jedoch nicht lückenlos; besonders zum Markt gibt es Übergänge, da die zivilgesellschaftlichen Akteure durch die zum Leben notwendige Güterbeschaffung zwangsläufig in das Wirtschaftssystem integriert sind.

Der Begriff der Zivilgesellschaft behauptet:

- a) es gibt in der Gesellschaft etwas, das politisch ist, aber nicht den Namen "Staat" trägt; die Gesellschaft selbst nimmt politische Aufgaben wahr und
- b) es gibt in der Gesellschaft auch noch etwas anderes als nur wirtschaftlichen Eigennutz.

Der gemeinsame Bezugspunkt in dieser Abgrenzung gegenüber dem Staat und der Wirtschaft ist der normative Begriff des Gemeinwohls.

Dieser Gemeinwohl-Begriff verweist auf den normativen Rahmen der Zivilgesellschaft: Zivilgesellschaft ist nicht einfach nur alles das, was außerhalb von Staat und Markt an kommunikativen Zusammenhängen stattfindet, sondern Zivilgesellschaft ist all das, was sich dabei dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlt. Die kommunikativ-diskursiven Zusammenhänge beinhalten zum einen modellhaftes und exemplarisches Probehandeln, welches aufzeigen soll, was unter Gemeinwohl zu verstehen ist; zum anderen wird in den entsprechenden Diskursen versucht, andere zu überzeugen und insbesondere staatliche Entscheidungen zu beeinflussen. An dieser Stelle werden auch die Stärken und Schwächen der zivilgesellschaftlichen Akteure deut-

lich: sie besitzen auf der einen Seite eine große Kompetenz in den von ihnen vertretenen Themen und sind an den jeweiligen Problemen sehr nahe dran; auf der anderen Seite sind sie so sehr auf ihre eigenen Themen fokussiert, dass sie das übergreifende Gemeinwohl weniger im Blick haben; zudem besitzen sie keine politische Entscheidungsmacht.

Das hier beschriebene Modell von Zivilgesellschaft funktioniert so nur in pluralen westlichen Gesellschaften, die zwei Dinge bieten:

- 1) politische Spielräume für kontroverse Diskurse und
- 2) materielle Möglichkeiten, um sich außerhalb des Marktes zivilgesellschaftlichen Themen widmen zu können.

Wenn man über Zivilgesellschaft in Afrika oder Asien spricht, so bedarf dies unzähliger Übersetzungsschritte. Wer in dortigen Ländern den Begriff der Zivilgesellschaft verwendet, ist bereits "westlich infiziert". Die Personen, die dort mit diesem Begriff operieren, stellen ein spezifisches soziologisches Substrat dieser Gesellschaften dar: es sind meistens Personen, die eine westliche Bildung durchlaufen haben und mindestens eine internationale Sprache beherrschen. Zivilgesellschaftliche Strukturen in nichtwestlichen und außereuropäischen Gesellschaften können sowohl als ein positives als auch als ein negatives Anzeichen von Staatsschwäche gedeutet werden: positiv in dem Sinne, dass es sowohl traditionelle als auch neue Kräfte gibt, die Gemeinwohlfunktionen erfüllen und Schwächen des Staates vorrangig im sozialen Bereich auffangen; negativ in dem Sinne, dass sich in dem Pool zivilgesellschaftlicher Akteure "dunkle Gestalten" tummeln; selbst *Warlords* können sich plötzlich als Teil der Zivilgesellschaft ausgeben.

Wenn westliche NGOs in diesen Gesellschaften mit dem Begriff der Zivilgesellschaft arbeiten, dann heißt das, dass sie ein Stück weit den Verwestlichungsprozess, der in diesen Gesellschaften bereits stattgefunden hat und weiterhin stattfindet, und die Konflikte, die dieser Prozess hervorruft, in Kauf nehmen. Hier stellt sich die Frage, was NGOs im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung in nichtwestlichen und außereuropäischen Gesellschaften wirklich leisten können ohne Schaden anzurichten. Ohne den Import westlicher Gesellschaftsmuster in diese Länder gäbe es manche Konflikte dort gar nicht. Von dieser Ambivalenz ist selbst "Zivilgesellschaft" als der insgesamt positivste im Sinne von demokratischste, menschenrechtlichste Teil der "Verwestlichungswalze" nicht frei.

## **2. Zivilgesellschaft in der Praxis**

Schon die zweite Expertenrunde und die sich daran anschließende Diskussion im Plenum ließ deutlich werden: Zivilgesellschaft ist ein sehr populärer Begriff geworden, aber ein richtiges Konzept davon gibt es nicht und eigentlich weiß keiner so genau, was darunter zu verstehen ist. Die anwesenden Praktiker, die in internationalen Organisationen und staatlichen Regierungen zivile Konfliktbearbeitung umzusetzen

versuchen, machten in ihren Beiträgen deutlich, dass sie einen Begriff von Zivilgesellschaft verwenden, der relativ einfach und klar ist und der von ihren Partnern in den jeweiligen Ländern verstanden und angenommen wird. Sie definieren Zivilgesellschaft durch drei Elemente:

- zwei substantielle Elemente: Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit,
- und ein strukturelles Element: Demokratie bzw. Partizipation.

Sowohl das Expertengespräch zu den *lessons learned* als auch die Expertenbefragung zu Zentralasien verdeutlichten: Bei westlichen Politikern und Geldgebern existieren Vorstellungen über Nichtregierungsorganisationen und die Förderung von Zivilgesellschaft in nichtwestlichen und außereuropäischen Gesellschaften und Kulturen, die mit der Realität vor Ort nichts zu tun haben. Unter dem Zwang, innerhalb bestimmter Fristen schnelle und klar definierte Ergebnisse vorweisen zu müssen, werden in den betreffenden Gesellschaften unter dem Begriff Zivilgesellschaft NGOs als Partner herangezogen, die keinerlei kulturelle Grundlage in der eigenen Gesellschaft haben und im Grunde genommen "Verwestlichungsagenten" sind.

### **3. Westliche Konzepte vs. traditionelle Mechanismen**

Die auf der Tagung in Bezug auf traditionelle Mechanismen der zivilen Konfliktbearbeitung ausgesprochene Warnung, nicht einer Traditions-Romantik zu verfallen, ließ beim Verfasser zunächst die Frage aufkommen, woher dieser Hang zur verklärenden Romantisierung herrühren könnte. Eine für ihn plausible Erklärung lautet: Traditionelle Mechanismen der zivilen Streitschlichtung und Konfliktbewältigung üben auf kulturell westlich geprägte Menschen einen besonderen Reiz aus. Der Reiz besteht in der "Exotik" dieser Mechanismen, die für westliche Menschen die "Unschuld" der Menschheit symbolisieren. Westliche Wunschvorstellungen bezüglich der eigenen "Reinheit" werden auf bestimmte fremde Kulturen projiziert.

Die Expertenbefragung zu Zentralasien machte sichtbar: gerade traditionelle Mechanismen, die in männlich dominierten Gesellschaften entstanden sind, schließen oft bestimmte Bevölkerungsgruppen (Frauen, jüngere Männer, Minderheiten) vom Vermittlungsprozess aus. Westliche NGOs können hier in einen Zielkonflikt geraten, denn die uneingeschränkte Unterstützung und der nichtmodifizierte Erhalt der traditionellen Ansätze würde zur Wiederherstellung tradierter Rollenzuweisungen führen. Die von Frauen und der jüngeren Generation geforderten Mitspracherechte hingegen entsprechen dem von den westlichen NGOs vertretenen normativen Wert der Partizipation. Mit den Geschlechterrollen in Krisenregionen muss folglich sensibel umgegangen werden, gerade wenn die Einbindung von Frauen in die Konfliktbearbeitung durch die traditionellen Rollen nicht vorgegeben ist. Beide Geschlechter geraten sonst in einen Konflikt zwischen "traditionell" und "modern".

Mit Bezug auf den Begriff der Zivilgesellschaft wurde das o. g. Problem von einem Teilnehmer noch zugespitzter formuliert: Viele innergesellschaftliche Konflikte in anderen Regionen der Welt sind Auseinandersetzungen dieser Gesellschaften mit sich

selbst auf Grund einer rasanten, von außen hereingetragenen Verwestlichung. Traditionelle Mechanismen der Streitschlichtung zerbrechen, weil sie nur auf überlieferte Sozialrollen hin angelegt sind, nicht aber auf neue, von außen "importierte".

Leitlinien für einen verantwortungsvollen Umgang mit fremden Traditionen und Kulturen, wie sie sich zusammenfassend aus den Diskussionen ergeben, könnten sein:

- Engagement nur, wenn man im Westen dafür geeignetes Personal findet;
- ohne vorgefertigte Konzepte mit im voraus festgelegten Ergebnissen in Krisenregionen gehen;
- ein partnerschaftlicher Dialog und eine partnerschaftliche Kooperation auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit;
- lernen, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort mit deren Augen zu sehen;
- auf beiden Seiten für die Selbst- und die Fremdwahrnehmung sensibilisieren.

Als Fragen, die zur Klärung des westlichen Selbstverständnisses beitragen könnten, identifizierte der Verfasser folgende:

- Was meint man, wenn man von Tradition spricht? Die zentralasiatischen Länder beispielsweise waren immer von verschiedenen Kulturen - der arabisch-islamischen, der russischen - beeinflusst. Sind diese kulturellen Einflüsse *die* Tradition oder sind sie kultureller Imperialismus? Es existieren aus allen historischen Epochen Institutionen der Konfliktregulierung.
- Welche Möglichkeiten gibt es für westliche NGOs, von traditionellen Mechanismen der zivilen Streitschlichtung und Konfliktbewältigung zu lernen?
- Ist eine gegenseitige Annäherung zwischen traditionellen und westlich-"modernen" Ansätzen möglich?
- Wie kann man traditionelle Ansätze von früher heute wieder sinnvoll nutzen, ohne einer Traditions-Romantik anheim zu fallen?
- Wie geht man mit den Bevölkerungsgruppen um, die bei traditionellen Ansätzen immer an den Rand gedrängt werden?
- Funktionieren die traditionellen Mechanismen der Konfliktbearbeitung noch, *obwohl* der Westen sie gerade entdeckt oder *weil* er sie gerade entdeckt?

## 4. Die Korruption zivilgesellschaftlicher Akteure

Die Expertenbefragung zu Zentralasien förderte eine "Korruptions-Formel" zutage: Je höher die zu vergebenden Geldsummen, desto größer ist die Gefahr von Korruption.

Mehrere Faktoren begünstigen die Korruption:

- Es existieren in den betreffenden Ländern kaum zivilgesellschaftliche Akteure, und die wenigen existierenden Nichtregierungsorganisationen entsprechen in keinsten Weise den Vorstellungen westlicher Geldgeber. Insbesondere fehlt den örtlichen NGOs die Erfahrung, mit hohen Fördersummen sinnvoll umzugehen.
- Die wenigen vorhandenen lokalen Nichtregierungsorganisationen werden mit Fördermitteln geradezu überschüttet. Zwischen den westlichen Geldgebern herrscht eine große Konkurrenz um die Begünstigten.
- Korruption wird Vorschub geleistet, wenn zivilgesellschaftliche Akteure innerhalb ihrer Gesellschaft Positionen einnehmen, von denen aus sie Schaltstellen der politischen oder wirtschaftlichen Macht kontrollieren.

## B. Krisenpräventive Konzepte in Theorie und Praxis

### 1. Die Prozesshaftigkeit von Krisenprävention

Als ein Ergebnis der Tagung kann gelten: Krisenpräventives Handeln ist derzeit noch zu sehr ergebnisorientiert und zu wenig prozessorientiert. Man denkt in Zielen, die man möglichst schnell erreichen will, und in Ergebnissen, die man gegenüber Geldgebern vorweisen kann. Wichtiger als ein schnelles und vorab definiertes Ergebnis ist der stattfindende Prozess. Ein im voraus festgelegtes Ziel ist zusätzlich kontraproduktiv, wenn es von politischen Sachzwängen bestimmt wird: das *soll* bzw. *muss* nach den Vorstellungen der *Geldgeber* dabei herauskommen.

Als Voraussetzungen für prozessorientiertes Denken und Handeln wurde allgemein anerkannt:

- in einer Situation mit professionellen Instrumenten, aber ohne vorgefertigte Konzepte und vorab definierte Ergebnisse präsent sein, um die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort im Rahmen des kulturellen Kontextes zur Eigeninitiative zu ermutigen;
- die Bedürfnisse und Vorstellungen der Menschen vor Ort achten und respektieren;
- von den Konditionen der Geldgeber unabhängige Zeitachsen, um stattfindende Prozesse beobachten zu können und was nach einem längeren Zeitraum als Ergebnis von Prozessen herausgekommen ist.

Bezüglich des Begriffs der *effektiven* Krisenprävention wurde wiederholt die Frage gestellt, ob deren Prozesshaftigkeit durch den Begriff der *nachhaltigen* Krisenprävention nicht besser erfasst werde. "Effektiv" impliziere ein klar definiertes und zu erreichendes Ziel und beinhalte somit eine ergebnisorientierte Definition von Krisenprävention.

*(Randnotiz am 22. Januar 2002: Aus einem Korrespondentenbericht des Deutschlandfunks zur Geberkonferenz für Afghanistan: "Die Geldgeber wollen große Erfolge in schneller Zeit.")*

## 2. Die Dynamik von Konflikten

Die Frage des Umgangs mit Konfliktdynamiken hinterließ allgemeine Ratlosigkeit: Auf der einen Seite sind kleine Fortschritte auf dem Weg der zivilen Konfliktbearbeitung zu verzeichnen, auf der anderen Seite ist eine ungeheure Eigendynamik von Konflikt- und Gewalteskalation zu beobachten. Bewegt man sich nur auf Treibsand? Wird man nicht an vielen Stellen von der Dynamik des Konflikts geradezu überrollt? Werden die Bemühungen um zivile Konfliktbearbeitung durch die Eskalationsdynamik von Konflikten nicht vollständig zunichte gemacht? Versagen die Konzepte und Instrumente angesichts eskalierender Konflikte? Ist man konzeptionell auf der Höhe des Geschehens? Gibt es Defizite, und wenn ja, wo?

Wissensdefizite lassen sich, wie sie in den Diskussionen zu erkennen waren, in folgenden Bereichen konstatieren:

- Eigendynamiken;
- keine kausale Beeinflussung der Konfliktentwicklung auf einer bestimmten Konfliktebene durch die Akteure einer anderen Konfliktebene (z. B. Nordirland, Israel/Palästina);
- widersprüchliche Konfliktdynamiken: Konfliktebenen koppeln sich voneinander ab und entwickeln gegenläufige Konfliktdynamiken (z. B. Nordirland, Israel/Palästina);
- vertikale Verbindungen und Durchlässigkeiten zwischen verschiedenen Konfliktebenen, z. B. zwischen Graswurzelebene und Regierungsebene;
- gesteuerte Dynamiken, z. B. durch Akteure, die von einer Gewalteskalation profitieren;
- Kontroll- und Steuerungsfähigkeiten in Bezug auf Konfliktdynamiken.

Analytische Weiterentwicklungen der Konzepte sind mit Sicherheit notwendig. Weiterführen könnten aus Sicht des Verfassers möglicherweise:

- Der Übergang von einem zweidimensionalen zu einem dreidimensionalen Koordinatensystem bei der Erfassung und Darstellung von Konfliktdynamiken. Übergangs- und Zwischenstadien von Konflikten, die in einem zweidimensionalen Mo-

dell unsichtbar bleiben und wodurch der Konflikt "schlafend" wirkt, könnten durch die Einbeziehung einer dritten, räumlichen Dimension sichtbar gemacht werden. Auch die Geschwindigkeiten von Konfliktdynamiken könnten mit einem holographischen Modell erfasst werden (schnelle Dynamiken sind in einem zweidimensionalen Modell sichtbar, langsame Dynamiken hingegen nicht).

- Eine sehr viel stärkere Einbeziehung der Systemtheorie bei der Analyse von Konflikten, ihren Dynamiken und Transformationsmöglichkeiten.

### 3. Die Unterschiedlichkeit von Zeitachsen

Während der gesamten Tagung wurde immer wieder die Unterschiedlichkeit von Zeitachsen thematisiert:

- Die auf Jährlichkeit angelegte Zeitachse der Vergabepaxis von Fördermitteln, die sich damit strukturierend auf Projekte auswirkt bzw. diese in ihrer Reichweite und Wirkung begrenzt.
- Die Zeitachse von Projekten, die auf Langfristigkeit, Nachhaltigkeit und Langsamkeit im Sinne von Prozesshaftigkeit angelegt sind und in dieser Strukturierung der "Finanzierungs-Zeitachse" zuwiderlaufen.
- Die Zeitachse der Medienaufmerksamkeit, die zu schnellen Erfolgen nötig ist, um nicht die politische und finanzielle Unterstützung für Projekte zu verlieren.

### 4. Die Hauptzielgruppen krisenpräventiver Arbeit

Eine sehr starke Bemängelung erfuhr die Feststellung, dass die Hauptzielgruppen der zivilen Konfliktbearbeitung die Opfer von Krieg und Gewalt und die friedensbereiten Kräfte einer Gesellschaft, die *peace constituencies*, seien. Wenn diese Praxis nicht verändert werde, dann werde auch in Zukunft maximal nur ein Einfrieren des Status quo in der Nach-Konflikt-Phase gelingen. Die Aufmerksamkeit müsse sich in Zukunft verstärkt auf die gewaltbereiten und kriegstreibenden Akteure, die *war constituencies*, richten. Vereinzelt wurde gefordert, in diesem Zusammenhang ein besonderes Augenmerk auf die Gewaltökonomien zu richten, d. h., auf die ökonomischen Interessen, die die Akteure der *war constituencies* mit der Gewaltsamkeit von Konflikten verbinden. Diese Gewaltökonomien neigten dazu, eigene Dynamiken zu entwickeln.

Aus dem Beitrag von Angelika Spelten und im Laufe der Tagung immer wieder daran anknüpfenden Diskussionsbeiträgen aus dem Plenum ergeben sich für den Verfasser entsprechende Schlussfolgerungen: Die Zugänge zu den Akteuren der *war constituencies* müssen ausgebaut werden. Sinnvoll wäre hier eine bewusste Arbeits-

teilung und Abstimmung zwischen Nichtregierungsorganisationen, die mit *war-constituency*-Mitgliedern auf der gesellschaftlichen Ebene arbeiten, und staatlichen Regierungen, die aufgrund ihrer entsprechenden politischen Macht eher einen Zugang zu den *war-constituency*-Mitgliedern auf der hohen politischen Ebene haben. Ungeklärt ist die Frage, wie Nichtregierungsorganisationen, die bislang unter dem Zwang stehen, Partnerorganisationen vor Ort vorweisen zu müssen, unmittelbar - d. h., über die sozialstrukturelle Stärkung von Krisengebieten hinaus - mit Mitgliedern der *war constituencies* arbeiten können. Hier besteht ein Bedarf, die Praxis entsprechend zu verändern.

## **5. Die Akteure von Krisenprävention: Das Verhältnis und die Kooperationsfähigkeit zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen**

### **Die Förderpraxis staatlicher Geldgeber**

Die Expertenbefragung zu Zentralasien und die sich anschließende Diskussion zeigte ein von starken Ambivalenzen geprägtes Problem auf: Die Abhängigkeit vieler Nichtregierungsorganisationen von staatlichen Finanzmitteln und die gleichzeitig vom Prinzip der Jährlichkeit bestimmte Praxis der staatlichen Mittelvergabe. Diese Praxis behindere die als notwendig erkannte Ausrichtung von Projekten auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. An die Geldgeber gerichtet wurde die Forderung erhoben, dass diese ihre Kriterien und Konditionen für die Mittelvergabe überprüfen sollten.

### **Der Bereich der Qualifizierung**

Ralf Horlemann vom Auswärtigen Amt wies auf Bemühungen seines Amtes hin, bei der Ausbildung von zivilem Friedenspersonal eine enge Kooperation mit dem Zivilen Friedensdienst aufzubauen und verwies auf erste Ansätze einer Verzahnung der beiden Ebenen in den beiden Bereichen "Personalreserve" und "Entsendung in Missionen". Aus dem Plenum heraus wurde in diesem Zusammenhang unterstrichen, dass der Bereich der Qualifizierung transparenter gestaltet werden müsste, vor allem im Hinblick auf die *lessons learned* und die Defizite.

## **6. Selbstreflexion**

Das Bedürfnis, die eigenen Konzepte und Prämissen zu überprüfen und auf verborgene Übererwartungen hin zu untersuchen, war während der gesamten Tagung sehr stark zu spüren und schlug sich in einer Flut von Fragen nieder, die an dieser Stelle unkommentiert wiedergegeben werden sollen. Mögen sie der Leserin und dem Leser als Anregung für die persönliche Selbstreflexion dienen:



Waren die Erwartungen von Anfang an zu hoch? — Leidet man an Selbstüberschätzung? — Müsste man viel bescheidener anfangen? — Ist die Übererwartung im Begriff der *effektiven* Krisenprävention angelegt? — Setzt man sich mit der Begriffswahl nicht einem kontraproduktiven Erfolgsdruck aus? — Was ist der realistische Erwartungs- und Erfüllungshorizont von Krisenprävention?

Was ist versucht worden? — Was ist erreicht worden? — Was hat man daraus gelernt? — Was ist gut gelaufen? — Was ist schlecht gelaufen? — Was hätte besser laufen können? — Was sollte das nächste Mal anders laufen?

Inwieweit trägt die Anwesenheit von "Westlern" vor Ort zur Verschärfung von Konflikten bei? Wie steht man ganz grundsätzlich zu der eigenen Arbeit?

Von welchen Interessen wird man bei der Krisenprävention geleitet? — In wessen Interesse handelt man krisenpräventiv? — Was sind die eigenen Interessen? — Sind die krisenpräventiven Maßnahmen freibleibende Angebote oder werden (unbewusst) Problemlösungen aufoktroziert, die von den Menschen vor Ort als Demütigung empfunden werden müssen, weil einfach ihre Probleme gelöst und sie nicht einmal nach ihrem Einverständnis gefragt werden?

## **7. Intervention - Legitimation - Professionalität**

Kontrovers diskutiert wurde die These, dass Legitimität nur durch Professionalität zu erlangen sei. Entfesselt wurde die Kontroverse durch den Hinweis, dass es problematisch sei, wenn sich hochprofessionelle Organisationen auf der einen Seite und "lieb gemeinte" Privatinitiativen von Einzelpersonen, die sich engagieren wollten, auf der anderen Seite unter dem Begriff "Nichtregierungsorganisationen" subsumierten. Professionalität sei eine Notwendigkeit, damit sich die zivilgesellschaftlichen Akteure im Feld behaupten und legitimieren könnten.

Die Frage nach der Legitimation wurde jedoch zunächst durch die These ausgelöst, dass jede grenzüberschreitende Aktivität, sei sie militärisch oder zivil, eine Intervention sei. Wenn zivilgesellschaftliche Akteure, die in der eigenen Gesellschaft durch ihre Basis legitimiert seien, grenzüberschreitend tätig würden, dann entstünde ein Legitimationsproblem. Mit welcher Berechtigung ginge man in ein drittes Land? Wie begründe man, für Menschen, die nicht die eigene Basis darstellten, etwas zu tun?

Hinsichtlich der Frage, wie Legitimation erworben werden könne, wurde auf Erfahrungen aus der Menschenrechtsarbeit und der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit verwiesen. Dort leite sich die Legitimation ab aus der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort und der ausdrücklichen Aufforderung durch solche lokalen Gruppen, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. In komplexen Konfliktsituationen, in denen es für die zivilgesellschaftlichen Akteure des betreffenden Landes

um Leben und Tod gehe, sei eine aus dem Land heraus erfolgte Legitimation unabdingbar. Alles andere gefährdete in unverantwortlicher Weise das Leben der örtlichen Akteure. Ebenso sei es in solchen Situationen notwendig, dass die unterstützenden NGOs aus dem Westen mit einer gewissen sachlichen Grundlage im Sinne einer Ausbildung in die Konfliktsituation hineingingen. Guter Wille und ehrliches Engagement allein reichten als Legitimation nicht aus. Fehlverhalten aufgrund einer mangelnden Fachausbildung könnte in solchen Situationen tödlich sein. Man könne mit viel gutem Willen auch viel kaputtmachen.

Allein schon aus einem "opportunistischen Selbstschutz" heraus sei es notwendig, die Legitimationsfrage zu klären, da fehlende Legitimation von interessierter Seite dazu benutzt werde, zivilgesellschaftliches Engagement zu denunzieren.

Für den Verfasser ergeben sich zwei Fragen:

- Wie wird die Legitimationsfrage bei der als notwendig erachteten Arbeit mit Akteuren der *war constituencies* geregelt? Diese Akteure werden wohl kaum westliche NGOs, beispielsweise aus dem Menschenrechtsbereich, zur Unterstützung und Zusammenarbeit auffordern, da dies nicht ihren Interessen entspreche.
- Wie wird die Legitimationsfrage bei grenzüberschreitenden krisenpräventiven Interventionen durch die Idee der "Weltinnenpolitik" verändert?

## C. Kontexte von Krisenprävention

### 1. Der Eigenanteil des Westens an Konflikten

Die Hinweise auf den Eigenanteil des Westens an Konflikten außerhalb seiner Hemisphäre tauchten während der gesamten Tagung zwar nur vereinzelt und in verschiedenen Zusammenhängen auf, nach Meinung des Verfassers zeigen sie gebündelt aber ein sehr wichtiges und auch brisantes Thema auf:

Es gibt in den westlichen Staaten selbst auch Akteure einer *war constituency* (Rüstungsfirmen, Waffenhändler, Geheimdienste, Söldner, Großkonzerne),

- die entweder direkt oder indirekt in Gewaltkonflikte involviert sind,
- die ein ökonomisches Interesse daran haben oder direkt/indirekt daran beteiligt sind, dass Krisen und Konflikte in Richtung Gewalt eskalieren und
- die durch profitorientierte Interessen ungerechte Strukturen schaffen oder stützen bzw. strukturelle Gewalt ausüben.

Für den Verfasser ergibt sich hieraus die Frage, inwieweit Konfliktprävention nicht auch im Inland betrieben werden müsste bzw. ob sich krisenpräventive Aktivitäten nicht in erheblichem Maße auf inländische Akteure richten müssten, die durch ihr Handeln und Tun gewaltträchtige und gewaltsame Konflikte im Ausland auslösen,

verschärfen und eskalieren. Für den Verfasser kann es bei Konfliktprävention im eigenen Land jedoch nicht allein um "brave" Aufklärungs- und politische Bildungsarbeit gehen, sondern es werden unter Umständen auch Gewaltfreie Aktionen und Ziviler Ungehorsam notwendig sein, um die "eigenen" *war-constituency*-Akteure zu einer Änderung ihres Verhaltens zu bewegen.

## 2. Zivile Konfliktbearbeitung und Realpolitik

Drei zusammenhängende Fragen wurden zwar nur vereinzelt, dafür aber sehr grundsätzlich und nachdrücklich gestellt:

- 1) Muss sich krisenpräventive Politik - auch angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der rot-grünen Bundesregierung - nicht immer wieder real- und machtpolitischen Interessen unterordnen?
- 2) Ist der politische Wille wirklich schon so weit entwickelt, auch gegen bündnispolitische Interessen konsequent eine Politik der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu betreiben?
- 3) Oder verkommt hier die Zivile Konfliktbearbeitung zu einem Feigenblatt für eine militärgestützte Außenpolitik einer gewollten Großmacht Deutschland?

Eindringlich wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, hier eine Auseinandersetzung mit den Begriffen des außenpolitischen Diskurses - *Sonderweg*, *Realismus*, *Verantwortung* - zu führen:

- *Sonderweg* als eine Metapher, die dazu dient, interessante innovative Ansätze in der Außenpolitik zunichte zu machen. Alles, was nicht in den machtpolitischen *Mainstream* passt oder ihm widerspricht, ist demnach *Sonderweg*.
- *Realismus* als die Aufforderung zur Ausrichtung der Politik an der Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit beinhaltet den als objektive Größe verstandenen Primat der Macht. Eine realistische Außenpolitik kann nach dieser Deutung einzig und allein vom Ziel der Machterweiterung und des Machterhalts geleitet sein.
- *Verantwortung* als der Anspruch, an der weltweiten Machtpolitik Anteil zu haben.

## 3. Krisenprävention und Medienaufmerksamkeit

Arnd Henze vom WDR-Fernsehen benannte das Grundproblem: Die Medien lenken ihre Aufmerksamkeit und die der Öffentlichkeit oft erst auf eine Krisenregion, wenn der Konflikt dort bereits eskaliert ist. Ebenso schnell wird die Aufmerksamkeit aber auch wieder abgezogen, wenn der Konflikt bereinigt scheint oder sich in einer anderen Weltregion ein neuer Konflikt aufbaut, der nun seinerseits die Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Werner Lottje vom Initiativkreis der Plattform führte das Problem weiter: Was geschieht, wenn die Medien-Karawane weiterzieht? Lässt man sich im Schatten des Scheinwerferlichts auf die notwendigen, langwierigen und schwierigen Prozesse ein, wenn die Krisenregion eine echte Zukunfts-Chance haben soll? Oder folgt man mehr oder weniger nur dem Scheinwerferlicht der Medien, um die eigene Arbeit finanzieren zu können? Kann man an Konflikten 10–15 Jahre dran bleiben ohne entsprechende Medienaufmerksamkeit?

Die Ambivalenz zwischen überlebensnotwendiger Medienaufmerksamkeit für krisenpräventive Projekte auf der einen Seite - vor allem, wenn die Projektfinanzierung nur über Spenden erfolgt - und der daraus resultierende Zwang zu schnellen und vorzeigbaren Ergebnissen auf der anderen Seite wurde vom Plenum als sehr stark empfunden und immer wieder thematisiert. Hinzu gesellte sich zudem noch die Frage nach der medialen Vermittelbarkeit von ziviler Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention.

Diese Thematik hinterlässt auch beim Verfasser eine Menge Fragen:

- Wie kann der zivilen Konfliktbearbeitung insgesamt eine stärkere mediale Präsenz verschafft werden?
- Wie interessant kann zivile Krisenprävention sein oder gemacht werden? Wie kann medial vermittelt werden, dass zivile Krisenprävention ein interessantes und spannendes Thema ist, mit dem sich auseinandersetzen sich lohnt?
- "Handfeste" Ergebnisse sind medial vermittelbar. Prozesse auch?
- Was geschieht mit auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegten Konzepten der zivilen Konfliktbearbeitung, wenn die Medien-Karawane weitergezogen ist?
- Lässt sich Medienaufmerksamkeit gezielt steuern?
- Wie geht man mit der notwendigen Langsamkeit von Prozessen auf der einen Seite und dem Zwang zu schnellen Erfolgen auf der anderen Seite um?
- Kontinuierliche Medienaufmerksamkeit für krisenpräventive Arbeit ließe sich vermutlich allenfalls durch permanente Erfolgsmeldungen herstellen und sichern. Würde aber nicht auch hier ein Abstumpfungseffekt eintreten, wie man ihn als Reaktion auf ständige Meldungen aus Kriegsgebieten kennt?
- Der Erfolgsnachweis für Krisenprävention: Wie darlegen und zusätzlich medial vermitteln, dass ein gewaltsamer Konflikt oder eine Gewalteskalation verhindert worden ist?
- Medien interessieren sich nur für eskalierte Konflikte (wenn reichlich Blut geflossen ist!), nicht aber für verhinderte Konflikte.
- Krisenprävention ist ein sehr komplexer Vorgang. Wie kann diese Komplexität medial dargestellt und vermittelt werden?

Ansatzweise Lösungen könnten für den Verfasser möglicherweise sein:

- Der Erfolgsnachweis für Krisenprävention: Die Darstellung fiktiver Konflikt-Szenarien "Was wäre passiert, wenn...?". Realistische Eskalationsmodelle und vermutete Ansätze für erfolgreiche Prävention aufzeigen. Indizienketten für den Erfolg von

Krisenprävention und für die Verhinderung eines gewaltsamen Konfliktes aufbauen.

- Langzeitstudien und Langzeitreportagen von Journalisten.
- Innerhalb der Plattform eine zentrale Kontaktstelle für Medienvertreter schaffen.
- Mit interessierten Medien und "Friedensjournalisten" gemeinsame Konzepte entwickeln, um für das Anliegen der zivilen Konfliktbearbeitung mehr Öffentlichkeit herzustellen.

## **IV. Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: Verbesserungen - Hoffnungen - Ambivalenzen - Auseinandersetzungen**

Die Abschlussdiskussion im Plenum bildet den Rahmen für die Schlussfolgerungen. Im Mittelpunkt des Abschlussplenums standen vier Leitfragen: Was kann man verbessern? - Worauf kann man hoffen? - Welche Ambivalenzen gibt es? - Welche Auseinandersetzungen müssen geführt werden? Unter Berücksichtigung dieser vier Fragen werden Anregungen für die Weiterarbeit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und für die zukünftige Konzeptionierung und Umsetzung von krisenpräventivem Handeln gegeben.

### **Verbesserungen**

#### **Die Struktur der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung**

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wird bislang von westdeutschen Organisationen dominiert und geprägt; Ostdeutschland ist sehr stark unterrepräsentiert. Ostdeutsche Organisationen sollten zur Teilhaberschaft eingeladen und zur Mitarbeit gewonnen werden. Eine besondere Bereicherung für die Arbeit der Plattform wäre das Wissen von Experten und Diplomaten, die zu Zeiten der DDR in Weltregionen tätig waren, die mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten politisch und wirtschaftlich "verbandelt" waren. Der genannte Personenkreis unterhält z. T. auch heute noch Kontakte in die betreffenden Länder und bringt entsprechende Sprachkenntnisse mit.

"Die Plattform ist ... ein gemeinsames Projekt von teilhabenden Personen, Organisationen und Einrichtungen aus den Feldern Friedensarbeit, Menschenrechtsarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie derjenigen wissenschaftlichen Arbeit, die auf alle diese Bereiche bezogen ist." (Artikel 3 der Plattform-Charta) Es erscheint sinnvoll, die "Projekträgerschaft" um Institutionen und Organisationen aus dem Bankenwesen und der Wirtschaft zu erweitern, zumindest aber regelmäßige

Gespräche mit Experten aus Banken und Unternehmen zu führen. Gerade Finanzinstitute und Wirtschaftsunternehmen sind in Nach-Konflikt-Phasen am wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt und tragen damit zur Stabilisierung von Krisenregionen bei. Die Auswahl der Gesprächspartner sollte aber sehr sorgfältig erfolgen. Banken und Wirtschaftsunternehmen können auch Teil einer hiesigen *war constituency* sein oder zumindest in lokalen und regionalen Konflikten involviert sein, z. B. durch die Finanzierung und den Bau eines umstrittenen Staudamm-Projekts.

## Öffentlichkeitsarbeit

Dringend notwendig ist die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Aus den während der Tagung gemachten Vorschlägen, die vom Verfasser punktuell erweitert wurden, ergeben sich folgende Maßnahmen, die im Rahmen einer Offenen Kooperation entwickelt und umgesetzt werden könnten:

- Insgesamt eine Professionalisierung und Intensivierung der Medienkontakte.
- Gemeinsam mit interessierten Medien Konzepte entwickeln, mit denen das Anliegen der Zivilen Konfliktbearbeitung stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden kann; hier sollte insbesondere die Zusammenarbeit mit "Friedensjournalisten" gesucht werden.
- Kontakte zu Kulturschaffenden und Schriftstellern aufbauen, um mit ihnen gemeinsam neue Zielgruppen in der Gesellschaft anzusprechen und für die Arbeit der Plattform zu interessieren. Dieser Personenkreis könnte mit seinen spezifischen Möglichkeiten die Rolle von "Botschaftern der Idee" übernehmen.
- Gerade für Medienkontakte wäre es sinnvoll, für die Vertreter/innen dieser Zunft eine zentrale Anlauf- und Kontaktstelle innerhalb der Plattform einzurichten. Eine Offene Kooperation erscheint für eine solche Aufgabe jedoch ungeeignet; zu denken wäre hier eher an die Einrichtung einer "Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit".
- In den Ländern, in denen man krisenpräventiv tätig ist oder wird, Kontakte zu den dortigen Medien herstellen, um die Bevölkerung über die Inhalte der eigenen Arbeit zu informieren.

## Sprache

Dazu gehört auf der einen Seite die Verbesserung von Sprachkenntnissen. Für die Region Zentralasien beispielsweise sind russische Sprachkenntnisse unabdingbar und in Gesprächssituationen oftmals wichtiger als Englischkenntnisse.

Auf der anderen Seite gehört dazu der eigene sprachliche Umgang mit Menschen nichtwestlicher Gesellschaften und Kulturen. Alle Begriffe, die von Partnern in diesen

Gesellschaften als Ausdruck westlicher Arroganz empfunden werden, sollten aus dem eigenen Sprachgebrauch verschwinden. Dies hätte langfristig auch Auswirkungen auf die eigene Bewusstseinshaltung gegenüber fremden Gesellschaften und Kulturen.

## **Förderung des interkulturellen Dialogs**

Die Bandbreite der in der Plattform vertretenen Organisationen und die Offenheit der Plattform-Struktur bieten eine gute Basis für eine stärkere interkulturelle Vernetzung im Rahmen ziviler Konfliktbearbeitung. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem kulturell-religiösen Dialog mit nichteuropäischen Basisorganisationen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit gewidmet werden.

## **Das Verhältnis von Theorie und Praxis**

Existierende Ansätze in der Praxis zu einer auf Langfristigkeit angelegten Feldarbeit sollten im Denken der Plattform-Teilhabenden stärker verankert werden. Die bestehenden Praxis-Ansätze werden innerhalb der Plattform zu wenig wahrgenommen und von der theoretischen Diskussion über Konzepte überlagert. Der dadurch entstehende Eindruck, in der Praxis geschehe kaum etwas, und die gleichzeitige Wahrnehmung scheinbarer Theorielastigkeit können zur Frustration und Entmutigung führen. Die praktische Arbeit und die theoretischen Konzepte müssen so in ein Gleichgewicht zueinander gebracht werden, dass sie sich gegenseitig wahrnehmen und immer wieder neuem gegenseitig befruchten können.

## **Wissenschaftliche Analyse**

Die wissenschaftlichen Analysefähigkeiten müssen ausgebaut und verfeinert werden, um noch besser zu verstehen wie Konflikte "funktionieren". Bedarf besteht insbesondere bei:

- der Evaluation bzw. Rekonstruktion von erfolgreicher und nicht erfolgreicher ziviler Konfliktbearbeitung und den dabei wirkenden Mechanismen, die zu Erfolg bzw. Misserfolg beitragen;
- dem Umgang mit der Komplexität von Konflikten;
- Konfliktodynamiken;
- Konzepten von Staatsentwicklung und dem Verständnis von Staatszerfall;
- vertrauensbildenden Maßnahmen und Strukturen;
- der Verankerung von prozessorientiertem und an Nachhaltigkeit orientiertem Denken in der Praxis (Lernprozesse entwickeln);
- der Überprüfung der Verständnisse und Prämissen von Konflikttransformation und Konflikt-Mapping;

- den Zusammenhängen zwischen Konflikttransformation und Macht (Machtverlust - Machtwechsel - Machtgewinn);
- der Analyse von Strategien und Mechanismen der Konfliktbearbeitung, die in anderen Gesellschaften bereits existieren.

## Erweiterung des Konzepte-Kanons

Die vorhandenen Konzepte und ihre Ansätze weisen Defizite auf. Notwendig erscheinen:

- die Stärkung der *gender*-Perspektive innerhalb der Plattform und ihre Verankerung in krisenpräventiven Konzepten;
- die Erarbeitung bzw. Berücksichtigung (tiefen)psychologischer und psychotherapeutischer Grundlagen für Friedensfähigkeit;
- die Arbeit mit Akteuren der *war constituencies*;
- eine kulturspezifische Medienarbeit, die sich an der in der jeweiligen Gesellschaft vorhandenen Kultur und ihren Traditionen orientiert und diese aufnimmt.

## Hoffnungen

Der 11. September hat bei vielen ein Gefühl von Resignation und Hilflosigkeit hinterlassen. In einer solchen Situation ist es wichtig und notwendig, Ermutigungsarbeit zu leisten, Hoffnungsgeschichten zu erzählen und wahrzunehmen: man ist nicht allein! Es gibt es in vielen Institutionen und Organisationen und auf vielen verschiedenen Ebenen Menschen, denen Zivile Konfliktbearbeitung wichtig ist, die sich engagieren und versuchen, zivile Konfliktbearbeitung in der Praxis umzusetzen. Es gilt, diese Menschen in den Blick zu nehmen, Kontakte zu ihnen aufzubauen und Gemeinsamkeiten im Engagement zu entdecken.

Ebenso gilt es, Geduld zu üben, einen langen Atem zu entwickeln und zu lernen, in langen Zeiträumen und prozessorientiert anstatt ergebnisorientiert zu denken. Vielleicht werden die ganzen Bemühungen um zivile Krisenprävention und die Konzepte und Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung erst in 20 Jahren Früchte tragen... Vielleicht meint man, diese Zeit nicht mehr zu haben, weil sich die weltpolitische Lage viel dramatischer entwickeln könnte... Auch wenn nur kleine Fortschritte gemacht werden, und in manchen Bereichen sind nur kleine Schritte möglich (z. B. bei der Qualifizierung): bekanntlich beginnt auch der längste Weg mit dem ersten Schritt. Auch die kleinen Fortschritte sollte man wahrnehmen; sollte ihre Stärken und nicht nur ihre Schwächen betonen; sollte all die positive Arbeit, die in der Praxis schon geleistet wird, nicht aus dem Blick verlieren.



## **Ambivalenzen**

### **Die Förderpraxis der Geldgeber**

Auf der einen Seite ermöglicht die Bereitstellung von Finanzmitteln vielen westlichen NGOs überhaupt erst die Durchführung von Projekten, auf der anderen Seite werden diese Projekte durch die auf Jährlichkeit angelegte Förderpraxis in ihrer Langfristigkeit und Nachhaltigkeit "ausgebremst".

Auf der einen Seite kann man mit hohen Geldsummen eine Menge bewegen. Auf der anderen Seite begünstigen hohe Geldsummen die Korruption von lokalen NGOs.

Auf der einen Seite existiert eine Vielzahl von Geldgebern, die um die wenigen lokalen NGOs konkurrieren - und Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft -, auf der anderen Seite werden die lokalen NGOs dazu verführt, sich den Vorstellungen der westlichen Geldgeber anzupassen.

### **Medienaufmerksamkeit**

Auf der einen Seite ist Medienaufmerksamkeit für krisenpräventive Projekte überlebensnotwendig, auf der anderen Seite erzeugt die Medienaufmerksamkeit einen Zwang zu schnellen, vorzeigbaren und erfolgreichen Ergebnissen.

Auf der einen Seite leben die Medien von spektakulären Ereignissen, auf der anderen Seite muss krisenpräventive Arbeit auch ohne ständige Erfolgsmeldungen möglich sein.

Auf der einen Seite ist die Langfristigkeit, Nachhaltigkeit und Langsamkeit (im Sinne von Prozesshaftigkeit) von krisenpräventiven Projekten als notwendig erkannt worden, auf der anderen Seite ist die Medienberichterstattung von Kurz- und Schnelllebigkeit geprägt.

### **Langsamkeit von Prozessen vs. Zwang zu schnellen Erfolgen**

Auf der einen Seite sind krisenpräventive Projekte, die auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit hin konzipiert sind, auf die Langsamkeit von Entwicklungsprozessen angewiesen, auf der anderen Seite erzwingen politische Sachzwänge und die kurzlebige Medienaufmerksamkeit schnelle und vorzeigbare Erfolge.

Auf der einen Seite ist die Langsamkeit von Prozessen als notwendig erkannt worden, damit sich die Wirkung von krisenpräventiven Prozessen langfristig und nachhaltig entfalten kann, auf der anderen Seite gibt es einen selbst auferlegten

Zwang zu schnellen Erfolgen, weil man meint, aufgrund der als dramatisch eingeschätzten weltpolitischen Lage keine Zeit mehr für langsame Prozesse zu haben.

## **Westliche Vorstellungen über die Entwicklung von Zivilgesellschaft**

Auf der einen Seite haben westliche NGOs den Anspruch, die von ihnen als positiv erachteten normativen Werte von Zivilgesellschaft - Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit - nichtwestlichen Gesellschaften zu vermitteln, auf der anderen Seite sehen sie sich hierdurch mit dem Faktum konfrontiert, durch den Import westlicher Werte ungewollt Teil einer "Verwestlichungswalze" zu werden und andere Gesellschaften kulturell zu zerstören.

## **Zivile Konfliktbearbeitung vs. militärische Konfliktbewältigung**

Auf der einen Seite fördert die Bundesregierung die Zivile Konfliktbearbeitung, auf der anderen Seite engagiert sie sich militärisch.

Auf der einen Seite bekennt sich die Bundesregierung politisch zur Zivilen Konfliktbearbeitung, auf der anderen Seite scheint sie diese real- und machtpolitischen Interessen unterzuordnen.

## **Auseinandersetzungen**

### **Auseinandersetzung um die Besetzung von Begriffen im außenpolitischen Diskurs**

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stellt der 11. September eine Zäsur dar. Der Gebrauch militärischer Mittel zur Konfliktbewältigung wird nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern nur noch eine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Die angestrebte "Normalität" des Einsatzes von Militär zur Durchsetzung eigener Interessen wird sprachlich durch die Verwendung euphemistischer ("humanitäre Intervention") und denunziatorischer ("Sonderweg") Begriffe vorbereitet und begleitet. Die Forderung nach einer konsequenten Politik der zivilen Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung steht dem Einsatz militärischer Gewalt, wann immer er zur Verfolgung machtpolitischer Interessen zweckdienlich erscheint, diametral entgegen. Ziviler Konfliktbearbeitung wird damit letzten Endes eine Alibi-Funktion zugewiesen. Wenn der politische Wille für eine konsequent zivile Politik eine kritische Masse erreichen soll, dann müssen die im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs verwendeten Begriffe mit neuen Konnotationen versehen werden. Hierum wird eine linguistische Auseinandersetzung zu führen sein, die alte Denkweisen und Denkmuster wird aufbrechen müssen.

### **Auseinandersetzung mit dem Interesse an der Fortsetzung von Gewalt**

Es gibt sowohl in Krisen- und Kriegsgebieten außerhalb der westlichen Hemisphäre als auch in den westlichen Staaten selbst Akteure, die aus machtpolitischen Bestrebungen und ökonomischen Interessen an einem gewaltsamen Fortgang von Konflikten interessiert sind. Für die Praxis bedeutet dies, Konzepte zu entwickeln, wie in Krisenregionen Akteure der *war constituencies* direkt und unmittelbar angesprochen und in ihrem Verhalten beeinflusst werden können. Hier im Westen gilt es eine Auseinandersetzung zu führen mit den politischen und wirtschaftlichen Akteuren einer *war constituency*, die direkt oder indirekt in Gewaltkonflikte involviert sind und die aus machtpolitischen und ökonomischen Interessen eine ganz bestimmte Geopolitik betreiben.

### **Auseinandersetzung mit dem Eigenanteil an der "Verwestlichungswalze"**

Westliche NGOs müssen sich mit ihrem Anteil an der Verwestlichung fremder Kulturen selbstkritisch auseinandersetzen. Allein durch ihre Anwesenheit und ihren Habitus als "Westler" und den damit verbundenen Import westlicher Moderne lösen sie in

anderen Regionen der Welt innergesellschaftliche und intrakulturelle Konflikte aus. Auch der an sich positive Begriff der Zivilgesellschaft wird in diesem Zusammenhang Teil einer "Verwestlichungswalze", da er ausschließlich westliche Werte transportiert. Auch der mit dem besten Willen vorgetragene Anspruch, Werte vermitteln zu wollen, die von einem selbst als positiv erkannt worden sind, hat den nicht intendierten Effekt zur Folge, dass nichtwestliche Gesellschaften und Kulturen verwestlicht und damit deformiert werden.

## **Auseinandersetzung um politische Sachzwänge, die schnelle Ergebnisse erzwingen**

Eine Auseinandersetzung muss geführt werden mit den großen Geldgebern um

- die Praxis und die Konditionen ihrer Mittelvergabe;
- die auf Jährlichkeit ausgerichtete und ergebnisorientierte Förderpraxis;
- den Sinn hoher Fördersummen, die zur Korruption von lokalen NGOs führen;
- die Notwendigkeit von langfristigen, nachhaltigen und langsamen Prozessen;
- ihre Vorstellungen von Zivilgesellschaft und wie Zivilgesellschaft am besten zu fördern sei.

## **Auseinandersetzung mit den Medien und ihren Zwängen**

Eine Auseinandersetzung mit den Medien muss geführt werden um

- ihr einseitiges Interesse für eskalierte Konflikte, bei denen viel Blut fließt;
- ihre kurzlebige Aufmerksamkeit für Krisenprävention, die zu schnellen, vorzeigbaren und erfolgreichen Ergebnissen zwingt;
- den Zwang zu permanenten krisenpräventiven Erfolgen, um wenigstens kurzzeitig die Aufmerksamkeit der Medien erheischen zu können.

## **Auseinandersetzung um den Begriff der Nachhaltigkeit**

Wie "Krisenprävention" wird auch der Begriff der Nachhaltigkeit mittlerweile inflationär benutzt. Abgesehen von dem Problem, dass auch hier noch nicht von einem klar umrissenen und ausgearbeiteten Konzept gesprochen werden kann, deutet sich an, dass in Hinblick auf die geforderte Nachhaltigkeit von krisenpräventiven Projekten die gesamte Förderpraxis auf den Prüfstand muss (hohe Fördersummen; Jährlichkeit; kurzfristiges Denken in Ergebnissen anstatt langfristiges Denken in Prozessen; Forderung nach schnellen und greifbaren Ergebnissen). Von den Geldgebern wird ein langfristiger und nachhaltiger Prozess des Umdenkens eingefordert werden müssen.

\* \* \*

Effektive Krisenprävention: uneingelöstes Versprechen oder bloßer Etikettenschwindel? Die Beantwortung dieser Frage bleibt ambivalent. Wenn man sich anschaut, welche hohen Erwartungen an die rot-grüne Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt gerichtet wurden, so kann man sicherlich von (ergebnisorientierten) Übererwartungen sprechen. Reformen lassen sich nicht von heute auf morgen umsetzen, sondern nur in einem längerfristigen Prozess. Resümiert man die Bemühungen der Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren, die Infrastruktur für zivile Krisenprävention zu stärken, so kann man ihr bescheinigen, dass sie ihr Versprechen ein Stück weit eingelöst hat. Einschränkend muss man feststellen: Effektivität hängt auch von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und von dem politischen Willen ab, diese Ressourcen dauerhaft bereitzustellen und kontinuierlich aufzustocken. Dies wäre ein entscheidendes politisches Signal dafür, dass man der zivilen Krisenprävention den Vorrang einräumt und ihr realpolitisch nicht nur eine untergeordnete Rolle zuweist. Die hier wahrzunehmenden politischen Signale werden von vielen, die sich im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung engagieren, insbesondere auch im Hinblick auf den 11. September 2001 und seine Folgen, als sehr widersprüchlich und besorgniserregend empfunden. Es wird eine der Aufgaben der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung sein, von der Bundesregierung verstärkt deutlichere und eindeutige Signale in Richtung ziviler Konfliktbearbeitung und ziviler Krisenprävention einzufordern.

Dass die Idee der Krisenprävention grundsätzlich für die Praxis taugt, dürfte wohl unstrittig sein. Ebenso unstrittig dürfte aber auch sein, dass die Konzepte weiterentwickelt werden müssen und dass weitere Informationen über die "Funktionsweise" von Konflikten notwendig sind, um die krisenpräventiven Instrumente weiter optimieren zu können. Hier bedarf es großer Geduld und eines langen Atems.

Die Jahrestagung 2001 der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung war Teil einer öffentlichen Debatte über den Stand und die Perspektiven krisenpräventiver Politik. Sie sollte dazu dienen, Hemmnisse und untaugliche Orientierungen zu identifizieren und Voraussetzungen und Bedingungen für eine effektive Arbeit zu optimieren. Wenn man sich hinsichtlich der stattgefundenen Diskussion vergegenwärtigt, dass Prof. Dr. Volker Matthies gar nicht anwesend war, so beeindruckt die Parallelität seiner Einschätzungen um so mehr. Diese Parallelität könnte und sollte als ein Beleg dafür genommen werden, dass die Teilhabenden der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung auf dem richtigen Weg sind.

## **V. Zum Stand der Präventionsdebatte**

### **Volker Matthies, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg**

Protagonisten der Krisenprävention schätzen die möglichen oder wahrscheinlichen Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die Debatte über Prävention als durchaus ambivalent ein (siehe etwa CPN Commentary 13 September 2001, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin). Zum einen besteht die Gefahr einer Abwertung, Diskreditierung und Verdrängung des Präventionskonzeptes zugunsten einer scheinbar angemesseneren, direkteren und effektiveren sicherheitspolitischen und militärischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Internationale Allianz- und Kooperationsmuster würden sich entlang geopolitischer und machtpolitischer Interessen neu formieren und allein dem Ziel der reaktiven und unmittelbaren Bekämpfung manifester Terrorisierungen dienen. Dies würde einen fundamentalen Bedeutungswandel des Konzepts der Prävention mit sich bringen, wieder fort von seinem kollektiv-gemeinnützigen Gehalt (Verhinderung von gewalttätigem Konfliktaustrag im Interesse von Sicherheit und Frieden überall auf der Welt) hin zu einem eingeschränkteren individuell-eigennützigen Verständnis (Vermeidung von Unbill, Abwehr von Schaden, Verhinderung von Gewalt im unmittelbaren Sicherheitsinteresse der eigenen Gesellschaft). In diesem Sinne wäre dann "Terrorprävention" kaum mehr als der unmittelbare Rückbezug des Gedankens der Vorbeugung auf akut empfundene, vitale Sicherheitsbedürfnisse der sich vom Terror bedroht wahnenden Gesellschaften und Staaten (für eine kritische Sicht der jüngsten Bemühungen, die deutsche Entwicklungspolitik nach dem 11. September 2001 im Koordinatensystem der Sicherheitspolitik neu zu positionieren siehe Klaus Seitz, Die Terrorkrise vernebelt die entwicklungspolitische Agenda, in: epd-Entwicklungspolitik 22/2001, S. 17).

Verstünde man jedoch die erfolgten terroristischen Anschläge auch als eine Langzeitfolge ausgebliebener oder nicht konsequent genug betriebener akteurs- und strukturorientierter Präventionsbemühungen (im kollektiv-gemeinnützigen Sinne des Konzeptes), so ergäben sich durchaus auch potentiell positive Bezugspunkte für eine Aufwertung von Krisenprävention. Der Blick von Präventionsforschern, Regionalwissenschaftlern, Politikern und Aktivisten müsste sich dann auf Defizite und Versäumnisse von Diplomatie, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit sowie anderen Politik- und Handlungsfeldern richten, in spezifischen Regionalkonflikten und chronischen Krisenzonen zur Deeskalation, friedlichen Konfliktregelung, Reduzierung von sozioökonomischen, politischen und kulturellen Gewaltpotentialen und kriegsverlängernden Faktoren sowie eigenständigen Entwicklungs- und Friedensfähigkeit von Krisengesellschaften beizutragen.

In diesem Sinne bezeichnete es Außenminister Fischer rückblickend als schweren Fehler der internationalen Diplomatie, jahrelang so genannte "Schwarze Löcher" der Weltpolitik (also aus internationalen Ordnungsstrukturen herausfallende Gesellschaften wie etwa Afghanistan oder Somalia) zugelassen zu haben. Von einer solchen

Sichtweise her sollte es nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eigentlich nahe liegen, nun erst recht eine pro-aktive, zukunftsorientierte und konsequente Präventionspolitik mit langem Atem zu betreiben, auch und gerade im berechtigten, allerdings aufgeklärten Eigeninteresse der sich durch den internationalen Terrorismus bedroht fühlenden westlichen Gesellschaften.

Sinnvoll wäre dabei vielleicht eine konzeptionelle Verknüpfung der Prävention mit dem in der westlichen sicherheitspolitischen Debatte ohnehin schon länger gängigen Konzept der (über das militärische Element hinausgehenden und auch das Phänomen des Terrorismus umgreifenden) "erweiterten Sicherheit" sowie vor allem mit dem Konzept der "menschlichen Sicherheit" (UNDP), um sich noch stärker als bisher von der herkömmlichen, jetzt möglicherweise wieder eine Aufwertung erfahrenen, staatszentrierten und militärzentrierten Sicherheitsperspektive zu lösen. Das überragende Ziel präventiver Bemühungen wäre dann die Ermöglichung, Herstellung und Bewahrung umfassender "menschlicher Sicherheit" überall auf der Welt, in Afghanistan und Somalia ebenso wie in den USA.

### **Ist das Eintreten für Krisenprävention Ausdruck von Wunschdenken?**

Nicht selten wird das Eintreten für Prävention als blauäugiges, unrealistisches und idealistisches Wunschdenken abgetan. Die Fähigkeit von Menschen und Gesellschaften zum vernünftigen vorbeugenden Handeln gilt vielen Skeptikern als zweifelhaft. Etwas weniger tiefschürfend wird jedoch häufig zu Recht auf eine Vielzahl tatsächlich relevanter Faktoren und Probleme hingewiesen, die zusammengenommen durchaus zentrale Hemmnisse für eine konsequente und effektive Präventionspolitik darstellen und die es zu überwinden gilt. Dazu gehören unter anderem: die Vielzahl gleichzeitig schwelender Krisen auf der Welt, unsichere Prognosen über den weiteren Verlauf erkannter Krisenpotentiale, Defizite der Frühwarnung, fehlender öffentlicher Antriebsdruck im Vorfeld präventiven Handelns, in dem ja noch nichts Spektakuläres geschehen ist, defizitäre Infrastrukturen und Handlungsoptionen, eingefahrene bürokratische Gleise, die mangelnde Kohärenz präventionspolitischer Akteure sowie der oft genug fehlende politische Wille zum präventiven Handeln.

Besonders restriktiv wirken offenbar das "alte" Denken und Verhalten einer weiterhin dominant reaktiv-kurativ orientierten politischen "Krisen-Industrie" (Michael Lund) sowie der eklatante Mangel an strategischen Interessen namentlich staatlicher Akteure an der Krisenprävention, der dann wesentlich zur Nicht-Konstituierung eines politischen Willens zum präventiven Handeln führt. Nur wenn vitale, nationale Interessen (geopolitischer, machtpolitischer, innenpolitischer oder ökonomischer Art etc.) staatlicher Akteure mit dem Ziel der Gewaltvermeidung in bestimmten Krisengesellschaften und Krisenregionen in Übereinstimmung zu bringen sind, scheint es gute Aussichten für eine konsequente und vielleicht auch erfolgsträchtige Präventionspolitik zu geben.

Wie das Negativbeispiel des nicht verhüteten Völkermordes in Ruanda eindringlich zeigt, reicht die alleinige Orientierung an dem normativen Ziel der Gewaltvermeidung

offenbar nicht als Dynamo allgemeiner Krisenpräventionsbemühungen aus. Offensichtlich müssen die Anliegen der Krisenprävention daher schlüssiger als bisher - zumindest teilweise - in den realpolitischen Kontext gängiger Macht- und Interessenpolitik von Staaten gestellt werden, um überhaupt erst realistische Ansatzpunkte für eine konsequente Prävention ausmachen zu können. Dabei geht es in konstruktiver Perspektive vor allem darum, möglichst deutliche und konkrete Bezüge des Präventionsanliegens zu den aufgeklärten und legitimen Eigeninteressen der jeweiligen Staaten und Staatengruppen aufzuzeigen, um so die Rationalität präventiven Handelns zu begründen und um eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen dem individuell-eigennützigem und dem kollektiv-gemeinnützigem Interesse an Prävention herzustellen.

Weit mehr und schärfer als bisher müssen staatliche Akteure dann allerdings auch (welt)öffentlich angeprangert und kritisiert werden, wenn sie aus verschiedenen Erwägungen heraus direkt oder indirekt, intendiert oder unabsichtlich in krisenverschärfender Weise agieren, weil sie eher Macht-, Bündnis- oder Wirtschaftsinteressen den Vorrang vor ernstesten Bemühungen um Krisenprävention geben. Zusätzlich zu einer kritischeren Betrachtung der ambivalenten Rolle staatlicher (aber auch privater ökonomischer) Akteure im Kontext von Krisenprävention müssen im Interesse einer realistischeren Einschätzung von Präventionschancen vor allem auch die relativ eigendynamischen Faktoren destruktiver Krisenentwicklung vor Ort schärfer als bisher in den Blick genommen werden. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Thematisierung von Staatszerfall, Gewaltmärkten und Kriegsökonomien sowie von konfliktverlängernden Faktoren und Spoiler-Interessen (siehe hierzu Stephen John Stedman, Spoiler Problems in Peace Processes, in: *International Security*, vol. 22 (Fall 1997) no. 2, p. 5–53), die allesamt zur Verstetigung und Reproduktion von Gewaltkonflikten beitragen, einschließlich ihrer Verknüpfungen mit globalen Strukturen und Mechanismen. Nur von einer solchen Perspektive her lassen sich dann auf realistische Weise die Möglichkeiten und Grenzen deeskalierender und eindämmender Einflussnahme von Seiten externer Akteure bestimmen und Ansatzpunkte für effektive präventionspolitische Strategien ausmachen (z. B. Anreize, Sanktionierung, Konditionalisierung, diplomatische Druckausübung, Beschneidung von Finanzflüssen). Insgesamt geht es also angesichts der weit verbreiteten Skepsis gegenüber der "Machbarkeit" von Krisenprävention um eine gewisse "realpolitische Härtingung" des oftmals immer noch allzu stark "normativ getönten" Konzepts der Prävention.

### **Warum lässt sich das Anliegen der Krisenprävention so schwer popularisieren?**

Eigentlich ist die Vernachlässigung von Prävention durch die Politik ein großer öffentlicher Skandal! Der Bürger und Steuerzahler trägt die Kosten und Lasten für verpasste Präventionschancen, zahlt für humanitäre Nothilfe, zuströmende Flüchtlinge, teure Militäreinsätze und umfangreiche Wiederaufbauhilfen. Auf allgemeiner, abstrakter Ebene gibt es unter vielen Menschen auch Zustimmung für die Aussage, dass Vorbeugen besser sei als Heilen und dass Vorsorge humaner, billiger und klüger sei als Nachsorge.



Doch wird es konkreter, zeigt sich vielfach eine doch tief sitzende Skepsis gegenüber der Machbarkeit und Realisierbarkeit des Gedankens der Prävention, nicht zuletzt auf der Grundlage eines Analogieschlusses vom eigenen, auch meist wenig proaktiven, persönlichen Verhalten auf die Verhaltensebene der großen Politik und eines pessimistisch getönten Erfahrungswissens, dass es "immer wieder von neuem zu Krieg kommt". Im Unterschied zur spektakulären und konkreten Diskussion um anstehende Militäreinsätze, humanitäre Katastrophen oder Menschenrechtsverletzungen bleiben die Anliegen der Krisenprävention vergleichsweise abstrakt, "theoretisch" und wenig "griffig".

Hierzu trägt in Teilen auch die konzeptionelle und begriffliche Unschärfe der Debatte über Krisenprävention bei, die rhetorischer Inflationierung unterliegt und zur Um- oder Neu-Etikettierung aller möglichen herkömmlichen außenpolitischen Aktivitäten (u. a. Diplomatie, Menschenrechtsarbeit, Entwicklungszusammenarbeit) dienstbar gemacht wird. Zudem ist es selbst für einen gutwilligen Präventions- oder Friedensjournalismus äußerst schwierig, die Thematik der Vorbeugung medial zu vermitteln. Denn zum einen soll ja gerade zu einer Zeit berichtet werden, in der "noch nichts passiert ist", also der CNN-Effekt noch nicht greift; zum anderen lässt sich kaum über "Erfolge" berichten, da bei erfolgreicher Prävention ja gerade "nichts passiert", also ein "Nicht-Ereignis" (kein Krieg, kein Völkermord, keine humanitäre Katastrophe) kolportiert werden muss. Da aber auf dem Nachrichtenmarkt eher die "schlechten Nachrichten die guten Nachrichten sind", erscheint die Präventions-Thematik als wenig spektakulär und attraktiv (siehe hierzu den aufschlussreichen Tagungsbericht von Martin Zint: Media and Peace Institute der Friedensuniversität der Vereinten Nationen: Die Medien als Friedensförderer, in: AFB-INFO 2/2001, S. 6–9). Zusammenfassend ist es daher wohl unwahrscheinlich, dass Prävention "a popular domestic political issue" werden kann (so Michael Lund).

Dennoch sollte versucht werden, dem Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen durch gemeinsame Anstrengungen von Politikern, Parlamentariern, Medienleuten, NGO-Vertretern, Pädagogen und Wissenschaftlern. Dabei sollten die Publizität von verpassten Präventionschancen und die aufgeklärten individuell-eigennützigen Interessen (der eigenen Gesellschaft) an der Krisenprävention im Vordergrund stehen. Verknüpft werden sollte dieses Bemühen mit Versuchen, eine breite öffentliche Debatte über umfassende und zukunftsorientierte Konzepte und Politiken im Bereich von Sicherheit und Frieden anzustoßen, die dann auch klare Vorstellungen über die relative Gewichtung von zivilen und militärischen Elementen entwickeln muss.

Eine solche Grundsatzdebatte über Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik ist gerade im wiedervereinigten Deutschland und insbesondere seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 überfällig, wird aber offensichtlich von großen Teilen der politischen Klasse (scheinbar aus Furcht vor Ärger mit den Verbündeten und der politischen Opposition und auch aus Rücksichtnahme auf Befindlichkeiten der eige-

nen Klientel) nach Möglichkeit vermieden oder nur selektiv aus pragmatischen Gründen der Machterhaltung im Zusammenhang mit der Reform und immer neu anstehenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr geführt (siehe Schicksal der Weizsäcker-Kommission).

### **Warum lassen sich Erfolge der Krisenprävention schwer erfassen und vermitteln?**

Vielfältige Aktivitäten ziviler und präventiver Konfliktbearbeitung finden in zahlreichen Krisenregionen und Krisengesellschaften rund um den Globus statt (siehe hierzu z. B. People Building Peace. 35 Inspiring Stories from Around the World, Utrecht 1999; Frieden muss von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke AG KED 1999). Diese Aktivitäten sind zwar den Akteuren und vielen Menschen vor Ort vertraut und werden von diesen vielfach geschätzt, bleiben jedoch der breiteren Öffentlichkeit in denjenigen Gesellschaften, von denen aus die Präventionsbemühungen unternommen werden, infolge mangelnder medialer Vermittlung weithin unbekannt.

Die kontinuierliche Anstrengung um Krisenentschärfung ist ja - wie bereits erwähnt - medial weit weniger attraktiv als die Berichterstattung über die dramatische Zuspitzung einer Krisensituation oder den massiven Ausbruch von Gewalt. Zudem sind die Aktivitäten konstruktiver Konfliktbearbeitung in der Regel prozesshaft in einen längerfristigen Zeithorizont eingebunden, so dass fundierte Aussagen über Erfolg oder Misserfolg frühzeitig kaum möglich sind. Insbesondere langfristige Wirkungsmessungen struktureller Präventionsbemühungen sind bislang noch kaum durchführbar, eher hingegen kurzfristige Evaluierungen operativer Krisenpräventionsaktivitäten in akuten und konkreten Krisen wie im Baltikum, in Südafrika oder auf dem Balkan. Doch selbst in solchen Fällen lässt sich erfolgreiche Prävention empirisch nur schwer erfassen und öffentlich vermitteln, da ja, wenn ein Erfolg vorliegt, nichts Spektakuläres geschehen ist.

Als methodisch schwierig erweist sich der schlüssige Nachweis von präventionspolitischer Kausalität, also die klare Aussage, dass es die spezifische Wirkung ganz besonderer Maßnahmen bestimmter Akteure war, die einen befürchteten konkretisierbaren Gewaltausbruch verhindert hat. Doch erlauben andererseits auch Selbst- und Fremdeinschätzungen, Plausibilitätserwägungen und "intelligentes Raten" eine gewisse Annäherung an die empirische Evidenz von erfolgreicher Krisenprävention. Einfacher macht es sich die Politik, wenn sie aus PR- und Opportunitätsgründen hin und wieder "Erfolge" präventiver Konfliktbearbeitung für sich reklamiert und diese dann der Öffentlichkeit und der Opposition zu "verkaufen" sucht (so z. B. das BMZ die post-konfliktive Tertiärprävention oder Friedenskonsolidierung in Nord-Mali seit Mitte der 90er Jahre und das Auswärtige Amt das Management der bereits gewalttätig zugespitzten Krise in Mazedonien im Jahre 2001).

Die Wirkungserforschung präventiver Aktivitäten steckt noch immer in den Anfängen, muss aber weiter vorangetrieben werden (siehe hierzu das CPN Yearbook 1999/2000: The Impact of Conflict Prevention policy. cases, measures, assessments, Baden-Baden 2000). Dazu gehört die allgemeine Abschätzung des eigenen Handelns auf die jeweilige Konfliktdynamik ebenso ("conflict impact assessment", "do no harm!") wie der Versuch einer differenzierten Evaluierung von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen einer Krisengesellschaft (Mikro-, Meso- und Makroebene), auf unterschiedlichen Zeitachsen, im Hinblick auf Teilsektoren oder Teilregionen einer Gesellschaft oder auf die Gesamtgesellschaft sowie hinsichtlich bestimmter Akteure oder Akteursgruppen und einzelner oder mehrerer Instrumente.

Vorangetrieben werden muss auch weiterhin die komparative Erforschung empirisch fundierter Fallstudien zu "Erfolgen" und "Misserfolgen" präventiver Konfliktbearbeitung, um noch präziser als bisher entsprechende "Schlüsselfaktoren" und darauf aufbauende politische Bearbeitungsstrategien identifizieren zu können (siehe hierzu den wichtigen Band von B. W. Jentleson ed., Opportunities missed, Opportunities seized. Preventive Diplomacy in the Post-Cold War World, Lanham 2000).

### **Effektive Krisenprävention - ein uneingelöstes Versprechen oder bloßer Etikettenschwindel?**

Nach einer Dekade der Debatte über Krisenprävention hat das neue Paradigma des vorbeugenden, pro-aktiven Handelns das alte Paradigma des reaktiv-kurativen Umgangs mit Gewaltkonflikten immer noch nicht abgelöst. Die Denk- und Verhaltensweisen der alten, primär staatszentrierten und auf militärische Instrumente gestützten "Realpolitik" bleiben tief verwurzelt, ebenso die eingefahrenen Gleise der bürokratischen Routine und der "Krisen-Industrie". Deren massive, zentralisierte, ständig einsatzbereite und von einem kräftigen Umfeld getragene Strukturen stehen gegen die diffusen, schwachen, unvorbereiteten und dezentralisierten Strukturen ziviler und präventiver Konfliktbearbeitung (so Harald Müller in: Entwicklung + Zusammenarbeit 2000/9). Trotz gradueller Verbesserungen und Absichtserklärungen wird daher wohl auf längere Sicht die zivile und präventive Konfliktbearbeitung auch weiterhin an unzureichender Infrastruktur, finanzieller Unterausstattung und defizitärer politischer Förderung leiden. Insofern bleibt effektive Krisenprävention ein noch uneingelöstes Versprechen, in Teilen auch ein bloßer Etikettenschwindel, wenn man an die legitimatorische Vereinnahmung und symbolische Nutzung der Präventionsrhetorik denkt.

Andererseits ist durchaus zu konstatieren, dass es auch gewisse Fortschritte gibt: etwa bei der nationalen und internationalen Normensetzung und Normendiffusion im Bereich der Krisenprävention, bei konzeptionellen Anpassungen und Veränderungen, beim Aufbau von Infrastrukturen und Institutionen der Krisenprävention, bei der Ausbildung von Personal und der Bereitstellung von Geldern (für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit siehe hierzu Stephan Klingebiel, Ansatzpunkte für eine krisenpräventive und konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Analysen und Stellungnahmen 4/2001). In Teilen der

politischen Eliten hat ein Sensibilisierungs- und Lernprozess eingesetzt. Auf der Ebene der "high politics" bekennen sich mittlerweile alle wichtigen Akteure (u. a. nationale Regierungen, die Europäische Union, die OSZE, die Vereinten Nationen) zum Prinzip der präventiven Konfliktbearbeitung.

Auf der operativen Ebene hat sich in den letzten Jahren eine professionelle Subkultur der Krisenprävention herausgebildet, eine Art von "creeping preventionism from the cumulated efforts of the multi-national network of middle-level professionals, cross-cutting governmental and NGO bodies" (Michael Lund). Fairerweise muss auch die historische Dimension bei der Beurteilung effektiver Krisenprävention berücksichtigt werden. Denn erst in den wenigen Jahren nach dem Ende des langjährigen Kalten Krieges konnte sich diese "historisch neuartige" Herangehensweise an Gewaltkonflikte (im Sinne eines normativ orientierten kollektiv-gemeinnützigen Ansatzes der internationalen Gemeinschaft) überhaupt konzeptionell entfalten.

Die Erwartung, dann auch schon innerhalb weniger Jahre einen großen operativen Schub zu erleben und durchschlagende Erfolge zu erzielen, dürfte etwas überzogen sein. Dennoch muss konstatiert werden, dass eine wohlwollende Rhetorik der Politik ("Kultur der Prävention") derem tatsächlichen präventiven Handeln immer noch weit vorausgeht. Und in dieser Diskrepanz liegen dann auch Elemente der Erwartung, der Enttäuschung und der Unglaubwürdigkeit im Hinblick auf das Versprechen einer effektiven Krisenprävention begründet.

Glaubwürdig wären die politischen Bekenntnisse zur präventiven Konfliktbearbeitung erst dann, wenn ein konsequentes Engagement und entsprechende Investitionen an politischen Energien und materiellen Ressourcen in die Prävention erkennbar wären, wenn deren Institutionalisierung erfolgte, wenn der Vorbeugungsgedanke fest im politisch-bürokratischen Routinehandeln verankert wäre und wenn die verschiedenen Politikbereiche ein größeres Maß an Kohärenz ihres Handelns aufweisen würden.

Zentrale Aufgabe für alle Protagonisten der Krisenprävention bleibt daher eine stärkere Politisierung des Präventionsanliegens sowie dessen kontinuierliche und beharrliche Inkorporierung in alle relevanten Politikbereiche und Handlungsfelder (das so genannte "Mainstreaming" von Prävention). Bisläng jedenfalls ist es nicht gelungen, effektive Krisenprävention gleichsam als "reguläre Politik" zu betreiben. Wie der US-amerikanische Präventionsforscher Michael Lund jüngst formulierte, ist die Prävention zwar mittlerweile ihren Kinderschuhen entwachsen, hat aber ihr eigentlich wünschenswertes Reifestadium leider noch nicht erreichen können...

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung

**Amsler**, Peter, Baha'i Vertretung Berlin, Berlin  
**Arnold**, Hans, Dr., Botschafter a. D., Riedering-Heft  
**Bertone**, Gian-Marco, Frankfurt/M.  
**Bethge**, Anthea, Dr., Ökumenischer Dienst - Shalomdiakonat, Remscheid  
**Budzinski**, Manfred, Dr., Evangelische Akademie Bad Boll, Bad Boll  
**Calließ**, Jörg, Prof. Dr., Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum  
**Chakma**, Jyoti, Journalist, Berlin  
**Chattopadhyay**, Pankaj, Journalist, Berlin  
**Chojnacki**, Sven, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin  
**Delkeskamp**, Barbara, Hannover  
**Dierßen**, Imke, amnesty international, Bonn  
**Dreher**, Christine, Médecins Sans Frontières, Berlin  
**Eberwein**, Wolf-Dieter, Prof. Dr., Wissenschaftszentrum Berlin, AG Internationale Politik, Berlin  
**Eismann**, Reinhard, Bad Nenndorf  
**Erler**, Brigitte, Aktion Courage - SOS Rassismus, Bonn  
**Ernst**, Renée, Dr., Bonn International Conversion Center, Bonn  
**Evers**, Tilman, Dr., Kassel  
**Fiebich**, Carina, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Bearbeiterin Wegweiser, Münster  
**Fischer**, Astrid, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin  
**Forberg**, Ekkehard, World Vision Deutschland, Berlin  
**Franken**, Mark, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin  
**Frey**, Ulrich, Initiativkreis Plattform ZKB für Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bad Honnef  
**Gilbert**, Nadja, Berlin  
**Gildemeister**, Jan, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bonn  
**Gleichmann**, Peter, Prof. Dr., Hannover  
**Gutierrez**, Juan, Gernidka, Guernica gogoratz/Spanien  
**Gumlich**, Gertrud, Dr., Berlin  
**Haebler**, Christa  
**Hähn**, Bianca, Berlin  
**Hamann**, Rudolf, Dr., Hamburg  
**Hasemann**, Armin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin  
**Heiducoff**, Jürgen, Oberstleutnant, Zentrum für Verifikationsaufgaben d. Bundeswehr, Geilenkirchen  
**Henke**, Michael, Bad Kreuznach  
**Henze**, Arnd, WDR-Fernsehen, Programmgruppe Ausland, Köln  
**Herterich**, Frank, Dr., Auswärtiges Amt, Mitglied des Planungsstabes, Berlin  
**Höynck**, Wilhelm, Dr., Botschafter a. D., Persönl. Beauftragter d. OSZE-Vorsitzenden f. Zentralasien, Wachtberg  
**Hoffmann**, Bernd, Dr., Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn  
**Horlemann**, Ralf, Dr., Auswärtiges Amt, OSZE-Referat, Berlin  
**Hornung**, Annette, freie Journalistin, Berlin  
**Hübner-Schmid**, Katharina, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Arbeitsgem. FriEnt, Bonn  
**Hügel**, Winfried, Braunschweig  
**Jamann**, Wolfgang, World Vision Deutschland, Friedrichsdorf  
**Kalman**, Michael, Kalman Consult, Berlin  
**Kasch**, Volker, Dr., Misereor, Berlin  
**Kaufmann**, Walter, Heinrich Böll Stiftung, Berlin  
**Kleinknecht-Strähle**, Ulrike, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Kehl  
**Klotz**, Sabine, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg  
**Knebel**, Gunter, Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, Bremen  
**Könitzer**, Burkhard, Dr., Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn  
**Krämer**, Tania, Deutsche Welle, Köln  
**Lammers**, Christiane, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Köln  
**Lottje**, Werner, Diakonisches Werk der EKD, Referat Menschenrechte, Stuttgart  
**Luecke**, Irmgard, Horbach  
**Lundin**, Lars Eric, Dr., Botschafter, European Commission, Directorate General f. External Relations, Brüssel/Belgien

**Mahlke**, Heike, Ökumenischer Dienst - Shalomdiakonat, Luckau  
**Mast-Kirschning**, Ulrike, Redakteurin, Deutsche Welle, ZR Politik/Wirtschaft, Köln  
**Mehl**, Regine, Dr., Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn, Bonn  
**Müller**, Barbara, Dr., Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung, Wahlenau  
**Müller-Hoff**, Claudia, Peace Brigades International, Berlin  
**Mundt**, Anne, Berlin  
**Nehls**, Ulrich, Aktion Courage e. V., Bundeskoordination Schule ohne Rassismus, Berlin  
**Neukirch**, Claus, Centre for OSCE Research am IFSH, Hamburg  
**Neumann**, Jochen, Peace Brigades International  
**Ottenburger**, Christiane, Institut für Auslandsbeziehungen e. V., Projekt ZIVIK, Berlin  
**Ottmüller**, Uta, Berlin  
**Peelen**, Hans-Jürgen, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Rosenberg, Bonn  
**Petersen**, Hermann, Ökumenischer Dienst - Shalomdiakonat, Mainz  
**Raue**, Stefan, ZDF, Mainz  
**Reich**, Hannah, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin  
**Reifels**, Lennart, Berlin  
**Rudolph**, Senta, Auswärtiges Amt, Berlin  
**Rüssmann**, Ursula, Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M.  
**Schaufelberger**, Esther, Schweizerische Direktion f. Entwicklung u. Zusammenarbeit, Bern/Schweiz  
**Schellenberg**, Corinna, Evangelische Kirche in Deutschland  
**Schimmel**, Claudia, Berlin  
**Scholz**, André, Auswärtiges Amt, Berlin  
**Schultz**, Hans-Eberhard, Bremen  
**Schütz**, Heide, Frauennetzwerk für Frieden e. V., Helsinki Citizens' Assembly, Bonn  
**Schweitzer**, Christine, Bund für Soziale Verteidigung, Minden  
**Sell**, Saskia, Marburg  
**Selle**, Hans-Joachim, Helsinki Citizens' Assembly, Berlin  
**Skroplies**, Harald, Berlin  
**Smidoda**, Iris, Ohne Rüstung Leben, Stuttgart  
**Spelten**, Angelika, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Arbeitsgemeinschaft FriEnt, Bonn  
**Stanley**, Ruth, Dr., Freie Universität Berlin, Berlin  
**Starke**, Christof, Friedenskreis Halle e. V., Halle/S.  
**Steinmetz**, Elke, Köln  
**Steinweg**, Reiner, Dr., Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin  
**Stroux**, Daniel, Institut für Institutionelle Reformen und Demokratie  
**Tänzler**, Dennis, Adelphi-Research, Berlin  
**Tempel**, Helga, Forum Ziviler Friedensdienst, Ahrensburg  
**Trittmann**, Uwe, Evangelische Akademie Iserlohn, Iserlohn  
**Tschampa**, Friederike, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit u. Entwicklung, Bonn  
**Vogelei**, Carolin, Göttingen  
**Vorrath**, Judith, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn  
**Wagner**, Corine, Médecins Sans Frontières, Berlin  
**Weber**, Christamaria, Pax Christi - Deutsche Sektion, Bad Vilbel  
**Wegener**, Katharina, Berlin  
**Weller**, Christoph, Dr., Institut für Entwicklung & Frieden d. Gerhard-Mercator-Universität GH Duis-  
burg  
**Woop**, Gerry, Büro Gehrke  
**Zediqian**, Sobeir, Afghanistan Hilfs- und Entwicklungsdienst GmbH, Hamburg  
**Zelletin**, Gerda, Prof. Dr., Berlin  
**Zupan**, Natascha, Kompetenzzentrum Friedensförderung - Schweizerische Friedensstiftung,  
Bern/Schweiz  
**zur Nedden**, Felix, Hannover  
**zur Nedden**, Gisela, Hannover

# **Charta Plattform Zivile Konfliktbearbeitung**

## **Präambel**

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Welt vor einem unerträglichen Ausmaß an Gewalt, insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten. Die Reduzierung und Überwindung dieser Gewalt erfordern vorrangig und zunehmend eine Entfaltung vielfältiger Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Dazu ist es notwendig, dass sich Nichtregierungsorganisationen vermehrt engagieren und die Fähigkeit in der Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktbearbeitung insgesamt gestärkt wird.

## **Artikel 1: Ziele**

Die "Plattform Zivile Konfliktbearbeitung" ist ein offenes Netzwerk von Personen, Organisationen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihrerseits Teil einer internationalen Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure sind. Sie zielt darauf ab, die in diesem Netzwerk Beteiligten bei ihrer gewaltmindernden Arbeit zu unterstützen, miteinander zu verbinden und in ihrer Arbeit vor Ort effektiver zu machen. Sie unterstützt die Beteiligten bei ihrem Bemühen, eine konstruktive, Frieden fördernde Transformation von Konflikten voranzubringen durch

- 1.1. Krisen- und Gewaltprävention;
- 1.2. Deeskalationsbemühungen und Streitbeilegung;
- 1.3. Aufbau- und Versöhnungsarbeit;
- 1.4. die Stärkung der Konfliktfähigkeit benachteiligter Gruppen;
- 1.5. die Verbreitung von demokratischen Streit-Kulturen und die Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz bei Konflikten zwischen Gruppen.

## **Artikel 2: Aufgaben**

Die "Plattform Zivile Konfliktbearbeitung" sieht als ihre zentralen Aufgaben an,

- 2.1. die Informationsbasis über das Arbeitsfeld der zivilen Konfliktbearbeitung so zu verbreitern, dass die Vielfalt der bereits vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen besser genutzt und der Austausch zwischen verschiedenen Handlungsfeldern sowie die Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen erleichtert werden (Informationsfunktion);
- 2.2. in der Öffentlichkeit den Kenntnisstand über die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Notwendigkeit zu erhöhen und die gesellschaftliche Basis für zivile Konfliktbearbeitung zu verbreitern (Öffentlichkeits- und Bildungsfunktion);
- 2.3. in gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die zivile Konfliktbearbeitung und ihren Vorrang, eine Stärkung ihrer Potentiale sowie ihre Ausstattung mit Ressourcen einzutreten sowie die Verankerung der zivilen Konfliktbearbeitung in politischen Programmen und Handlungsfeldern zu fördern (Lobby-Funktion);
- 2.4. die wechselseitige fachliche Beratung und Unterstützung zu fördern sowie die Entwicklung von Qualitätsstandards und die Evaluation von Vorhaben, Methoden und Projek-

ten der zivilen Konfliktbearbeitung zu unterstützen (Beratungs-, Unterstützungs- und Professionalisierungsfunktion);

2.5. die Verbindungen zu anderen nationalen Plattformen, zur europäischen Plattform und zu internationalen Organisationen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung herzustellen und zu fördern (internationale Vernetzungsfunktion).

### **Artikel 3: Grundsätze und Arbeitsweise**

Die Plattform ist keine Mitgliedsorganisation, sondern ein gemeinsames Projekt von teilhabenden Personen, Organisationen und Einrichtungen aus den Feldern Friedensarbeit, Menschenrechtsarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie derjenigen wissenschaftlichen Arbeit, die auf alle diese Bereiche bezogen ist. Die Zusammenarbeit innerhalb der Plattform berücksichtigt die Handlungsspielräume und Interessen aller Teilhabenden. Die Gremien der Plattform arbeiten konsensorientiert auf der Grundlage einer Geschäftsordnung.

Die Plattform orientiert sich an den Prinzipien der Subsidiarität, Dezentralität und Arbeitsteilung und ist dem Grundsatz der Synergieschaffung verpflichtet:

3.1. Alles, was von einzelnen Teilhabenden im Sinne der Ziele der gesamten Plattform angeboten und geleistet wird, soll anderen bekannt gemacht und von ihnen genutzt werden können.

3.2. Alles, was einzelne Teilhabende im Sinne der Ziele der gesamten Plattform leisten können, sollte von ihnen übernommen, ausgeführt und für die anderen nutzbar gemacht werden.

3.3. Zur Bearbeitung von Vorhaben, die das Zusammenwirken verschiedener Teilhabender erfordert, werden Projektgruppen gebildet, die für eine befristete Zeit zusammenarbeiten. Alles, was in gemeinsamen Projekten realisiert wird, sollte einen deutlichen "Mehrwert" aufweisen.

Die Plattform ist für alle diejenigen offen, die sich den gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen.

Der Plattform kann beigetreten werden, indem diese Charta unterzeichnet wird.

Weitere Informationen über die "Plattform Zivile Konfliktbearbeitung" bei:

Sekretariat "Plattform Zivile Konfliktbearbeitung"

IFGK - Barbara Müller

Hauptstr. 35

55491 Wahlenau

Telefon: 06543/980096 Fax: 06543/500636

eMail: BMuellerIFGK@aol.com

**Internet: [www.konfliktbearbeitung.net](http://www.konfliktbearbeitung.net) (regelmäßige Aktualisierung)**